Nur ein Ausweg bleibt:

Heraus aus der Orgeschiront!

Gründung von revolutionären Betriebsorganisationen.

Mit diesen Kampf auf der ganzen Linie gegen die Provokationen der Ausbeuter.

Hinweg mit allen Verhandlungen der Führerbürokratie. Jagt sie zum Teufel und handelt selbst mit aller Entschlossenheit.

Parliert den Angriff der Unternehmer mit dem einzig möglichen: Schlagt zu!

König und Republik.

Ein „weltgeschichtliches" Ereignis ist kürzlich in Deutschland passiert. „Große" Tage sind vorüber. Die „freieste" Republik wurde gnädlich durch den Besuch des Königs Amanullah beehrt. Von rechts bis „links" beugte sich alles elastisch vor dem „Gottesgnadensohn" und bewunderte den König. Der neugierige Spießer kam wieder voll auf seine Rechnung, denn solch königlicher Klimbim ist nicht alle Tage. Unserer Meinung nach charakterisieren die Königstage von Berlin am besten die bestehende Republik, was sie wert ist.

Währenddessen die Lage der Arbeiterklasse ständig schlechter wird, wirft der Staat von den Steuergeldern Hunderttausende für den Empfang eines Königs aus. Zur Zeit größter Wohnungsnot der schaffenden Menschen stellt man einem König ein Palais mit 60 Zimmern zur Verfügung und das sozialdemokratische Geschmeiß nickt nur mit dem Kopf freudig Beifall. Haben sie doch während des Krieges so glänzend mit einem Kaiser harmoniert; warum sollen sie da heute nicht mit einem König paktieren. Die Gesinnungslosigkeit der Sozialdemokraten hat heute keine Grenzen mehr: ob mit einem kapitalistischen oder königlichen Vertreter, sie verstehen sich mit beiden gut. Wenn in England Macdonald dem König die Hand küßte, warum sollen da Herr Löbe und Braun, als waschechte Sozialdemokraten, nicht dem König Amanullah die Hand drücken und mit ihm dinieren.

Die demokratische Pressekanaille, die sonst ihr republikanisches Herz beteuert, konnte nicht genug Schleim über den Königsbesuch ihren Lesern auftischen, und es zeigte sich, daß der Mottenpostgeist der raffiniertesten ist, der versteht die Hirne der Arbeiterklasse zu umnebeln.

Aber auch die Komintern hat ein großes Herz für Könige, denn das Rußland der „Nep" hat keine Zeit mehr für die Weltrevolution. Unter den Linden 11 bezeugte man einem König die Ehre, **indem man die rote Fahne schändete** und sie zum Empfang Amanullahs hißte. Das nennt man dann „rote" Diplo-Empfang Amanullahs hißte. Das nennt man dann „rote" Diplomatie. In Moskau wird man bald dasselbe Karnevalsfest wie in Berlin erleben, denn Amanullah besucht in nächster Zeit ebenfalls Rußland, **das bis heute noch keine Arbeiterdelegation der KAPD.** betreten durfte. Wenn die „Welt am Abend" heuchlerisch von einer „Operette am Lehrter Bahnhof" schreibt, so möge sie nicht vergessen, von der Operette zu berichten, die man in Moskau für einen König aufführen wird.

Auch das Haus der „roten" Mehrheit von Berlin ehrte durch eine kleine Komödie den König. Einen Baldachin errichtete man hierzu besonders, damit der König auch „königlich" in die Republik, in das Rote Haus, was die SPD. und KPD. beherrscht, einziehen kann

Mit zynischer Frechheit drückt das Kapital dem Proletariat seine Herrschaft auf und die sozialdemokratischen Zuhälter helfen geschäftig mit. Die Verhöhnung der Arbeiterklasse durch das Kapital und seine Noske-Hindenburg-Republik wird erst dann ein Ende haben, wenn das Proletariat alle Peiniger und Ausbeuter, ganz gleich, ob sie sich königlich oder republikanisch aufspielen, für alle Zeit durch die revolutionäre Tat vernichtet.

Das Fiasko der „Nep".

Die Politik der KAPD., die sie durch geschichtliche Erfahrung und Erkenntnis vertritt, bewahrheitet sich im Gang der Entwicklung. Wenn heute in Rußland, das seit 1921 die „Nep" steuert, das Bauerntum soweit erstarkt ist, daß es zur Getreidesabotage greifen kann, so ist dieses keine zufällige Erscheinung. Wir haben es hier nicht mit einem Fehler oder einer Entgleisung zu tun, sondern mit dem logischen Resultat einer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Seit dem Beginn der „Nep" war es für uns klar, daß die Konzessionen, die man den Bauern machte, nicht zur kommunistischen, sondern zur kapitalistischen Entwicklung führen müssen. Die Agrarwirtschaft in Rußland beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, dem Grundsatz der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. Es ist daher unmöglich, daß die russische Landwirtschaft kommunistische Früchte tragen kann.

Die Bolschewiki vergesellschafteten nicht den Grund und Boden, sondern teilten ihn in Privatbesitz auf und erleichterten den Bauern die Entwicklung zum bürgerlichen Privateigentum, indem ihnen die Verpachtung ihres Eigentums auf Jahre gestattet ist. Die Ausbeutung durch Lohnarbeit ist ihnen ebenfalls gestattet und die russische Wirtschaft ist überhaupt darauf eingestellt, den Bauern in wirtschaftlicher und politischer Beziehung entgegen zu kommen. Wohin diese Politik führt, zeigt die **existierende Klassenscheidung** auf dem Lande. Der Mittel- und Großbauer hat heute ebenfalls das Wahlrecht und kann an Hand seiner wirtschaftlichen Macht seine kapitalistischen Forderungen durchdrücken, denn die Dorfarmut ist von ihm abhängig.

Diese Verhältnisse führten dazu, daß die Bauern durch ihren Privatbesitz dermaßen gefestigt sind, daß sie das gesamte russische Wirtschaftsleben durch das Zurückhalten ihres Getreides sabotieren. Die Getreidebereitstellung ist in diesem Jahre um 1 Million Tonnen geringer als im Vorjahr. Im November 1926 erzab die Getreidekampagne 1 609 836 To., dagegen im November 1927 nur 741 817 To. Bis Ende Januar dieses Jahres wurden nur 500 000 To. ausgeführt, da die Exportziffer seit 1925/26 im Sinken begriffen ist. Die Presse der Komintern schweigt sich über diese katastrophalen Verhältnisse aus. Nur die liberale Presse, die man in Moskau wohlwollend duldet, berichtet hierüber, und die „Rote Fahne" wagt nicht die Berichte anzuzweifeln.

Mit verwaltungstechnischen Mitteln versuchen die Stalinschen Machthaber dieses Fiasko zu lösen, doch es wird ihnen nicht gelingen, denn um diese Mißstände zu beseitigen, bedarf es einer Wirtschaftsform, die nicht auf Privatbesitz beruht, sondern auf Gemeineigentum.

Diesen falschen Weg der Bolschewiki erkannte schon 1917 Rosa Luxemburg, und die Geschichte beweist, daß sie recht hatte. Rußland kann heute nicht mehr zurück, und die Verbannungen von oppositionellen Genossen zeigen deutlich, wohin der Weg geht. Die Getreidesabotage wird nicht die letzte Sabotage sein, die von seiten der Neubourgeoisie getroffen wird, und das revolutionäre Proletariat in Rußland, was sich nicht mehr von Stalin und Konsorten irreführen läßt, wird zu denselben Mitteln greifen müssen, wie das Weltproletariat, um sich von seinen kapitalistischen Feinden zu befreien.

Alte und neue Sklaverei.

In Sierra Leone ist durch einen Erlaß die „Sklaverei" aufgehoben worden. Nach Meldung des „Berliner Tageblatt" werden 117 000 Sklaven „befreit", die unter britischem Protektorat standen. Den feudalen Häuptlingen gestattet man weiter die Sklaverei in ihren Haushalten, um sie nicht zu „reizen".

Der Kapitalismus zeigt wieder einmal sein „menschliches" Herz, indem er die geschichtlich überholte Form der Sklaverei aufhebt und eine moderne schafft: die Lohnsklaverei. Der Lohnsklave ist so „frei", daß er, wenn er keinen Käufer für seine Ware Arbeitskraft findet, an seiner „Freiheit" verhungern muß. Die letzten Selbstmordziffern in Deutschland sind der beste Anschauungsunterricht dafür.

Nur die proletarische Revolution kann endgültig die Sklaverei aufheben und für alle Zeit beenden. Erst wenn das Proletariat sich zum Kampf sammelt und vom Betrieb aus seine Bataillone zum Sturz der kapitalistischen Ausbeutung formiert, erst dann hat die letzte Stunde der Sklaverei geschlagen.

Karl Kautsky gegen die Gewerkschaften.

Die sozialdemokratischen Führer sind nicht so dumm, daß sie nicht selbst die Nutzlosigkeit der Gewerkschaften für den Befreiungskampf der Arbeiter einsehen. Wenn sie es den Arbeitern nicht sagen, so deshalb, weil der Befreiungskampf derselben für sie nichts weiter als ein Geschäft und zwar ein lohnendes Geschäft ist. Den namenlosen Proletariern aber, die immer noch glauben, daß nur die „gewerkschaftliche Einheitsfront" stark macht, bringen wir folgende Sätze aus dem Referat Kautskys: „Was ist Sozialisierung?", gehalten auf dem zweiten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte am 14. April 1919 in Erinnerung:

„Die Arbeiter haben in allen Ländern schon seit Jahrzehnten Massenorganisationen des wirtschaftlichen Kampfes entwickelt, die vielfach eine außerordentliche Kraft gewonnen haben, — die Gewerkschaften. In ihnen sahen wir ehedem die wichtigsten Bausteine des sozialistischen Gebäudes. Auch Marx erwartete von ihnen, sie würden eine Kraft zum Aufbau der sozialistischen Produktionsweise entwickeln.

Doch die Gewerkschaften haben in diesem Punkte versagt. Marx ging bei seiner Erwartung von der Annahme aus, die Gewerkschaften würden sich mit sozialistischem Geist erfüllen, würden den Sturz des Kapitalismus, die Herbeiführung einer neuen Produktionsweise zu ihrer Aufgabe machen. In Wirklichkeit haben sie immer mehr sich auf den Lohnkampf innerhalb des Kapitalismus beschränkt, haben erklärt, alles, was darüber hinausgehe, komme für sie nicht in Betracht und haben sich so selbst für die Sache der sozialen Revolution ausgeschaltet.

Wo nun die Massenorganisationen der Arbeiter herkommen, die zur Sozialisierung erforderlich sind?

Als 1905 in Rußland der Zarismus zusammenbrach, die revolutionäre Arbeiterbewegung aufflammte, fand sie keine großen Gewerkschaften vor. Die einzigen Massenorganisationen, die der Zarismus geduldet hatte, waren die von Kapitalismus selbst für die Produktion geschaffenen: Die Großbetriebe.

Die Organisation der Arbeiter für die Produktion, **die Betriebs-Organisation,**

wurde nun auch die Organisation der Arbeiter für den Kampf. Die Delegierten der einzelnen Betriebe traten zuerst in Petersburg im Oktober 1905 zusammen zu einem Arbeiterrat."

(Kautsky-Broschüre „Was ist Sozialisierung?", erschienen in der Verlagsgenossenschaft „Freiheit".)

Aus der Organisation.

Oeffentliche Versammlung auf dem Wedding.

Am 17. Februar hatte die AAU.- und KAP.-Opposition angesichts der drohenden Metallarbeiteraussperrung die Proletarier des 3. Verwaltungsbezirks nach dem großen Pharussaal, Müllerstraße, aufgerufen. „Eine Million Metallarbeiter ausgesperrt? Was tut das revolutionäre Proletariat?" war das Thema der Versammlung, die Hunderte von Arbeitern füllten und interessiert den Ausführungen des Redners folgten.

Er zeigte die Auswegslosigkeit aus der Krise der kapitalistischen Wirtschaft, die vergeblichen Versuche, durch die Rationalisierung und mit Hilfe der SPD. und der Gewerkschaften durch Tarifverträge, Schiedssprüche usw. eine Lösung zu finden. An Hand der Geschichte der Gewerkschaften, durch Zitate von Bebel, Liebknecht und Lenin zeigte er die schon in der Vorkriegszeit beginnende Versumpfung derselben, die in den offenen Verrat mündete. Die Rolle der KPD. als Zuhälter dieser Konterrevolution, ihr Werben um die Propagandaarbeit der Betriebsorganisation bis zur 100proz. Gewerkschaftarbeit wurden treffend geschildert. Durch die Beispiele des Hamburger Hafenarbeiterstreiks 1926, die Bewegung in der Schwerindustrie 1927 wurde die zum offenen Streikbruch führende Praxis des Tarif- und Schlichtungszwanges gekennzeichnet. So mußten angesichts der frechen Unternehmerprovokation auch jetzt die Gewerkschaften bremsen, indem sie sogar die Werkzeugmacherbewegung in Berlin abblieben, anstatt den Massenstreik als einzige Antwort zu proklamieren. Demgegenüber kreischt die KPD. ohnmächtig, nur „der ADGB. muß". Zu diesen ganzen Tatsachen sagten die AAU. und KAP. den Arbeitern, daß die proletarische Revolution der einzige Ausweg aus dieser Dauer- und Todeskrise ist. Die Klassenfront aller Ausgebeuteten muß gebildet werden in den Betrieben, auf den Arbeitsnachweisen, trotz des Terrors der Gewerkschaften und ihrer Zutreiber der KPD. Im Massenkampf muß und wird das revolutionäre Proletariat geschlossen zusammenstehen unter Führung der revolutionären Räte. Nur Führer wie Liebknecht, Luxemburg, Levine, Sylt, die für die Massen kämpften und auch sterben können, werden das Proletariat zum Siege führen. Die Führer-, die Organisationsfrage ist mit die Kernfrage der Revolution. Dieselbe wird gelöst durch die Betriebsorganisationen und ihren Zusammenschluß: die Allgemeine Arbeiter-Union.

Den mit lautem Beifall aufgenommenen Worten des Referenten versuchten in der Diskussion die unvermeidlichen „Propagandisten der Klasse" ihre zersetzenden Theorien der Organisationslosigkeit entgegenzustellen. Ihre unverschämten Herausforderungen der Versammlung, die während des Schlußwortes des Redners sogar in Tätlichkeiten ausarteten, ließ den Arbeitern endlich den Geduldsfaden reißen, und sie sagten diesen Feinden des Proletariats deutlich ihre Meinung und befördern sie schnellstens aus dem Saal, um dann ungestört das Schlußwort entgegenzunehmen.

Besuch und Verlauf der Versammlung zeigten, daß der alte, reine AAU.- und KAP.-Gedanke auch auf dem Wedding lebt, und die Opposition den richtigen Weg marschiert.

Massenversammlung der Opposition.

Die Lehren für das revolutionäre Proletariat aus der abgewürgten, mitteldeutschen Metallarbeiterbewegung, die Aufgaben desselben für die drohenden neuen Kämpfe — schon wieder provozieren die Unternehmer mit der Stillegung der Berliner Metallindustrie als Antwort auf den Werkzeugmacherstreik — zeigten die AAU.- und KAP.-Opposition den Arbeitermassen, die am 29. Februar den großen Sophiensaal füllten.

„Diktatur der Ausbeuter — Generalaussperrung — Schiedssprüche — Die Aufgaben der Arbeiterklasse." Unter diesem Thema rollte der Referent noch einmal die Vorgeschichte und den Verlauf des mitteldeutschen Streiks auf. Treffend wurde die Verräterrolle der Gewerkschaftsbürokratie, das offene Eingeständnis der Ohnmacht seitens der Sozialdemokratie gegenüber der Kapitalsdiktatur, der offene Bankrott der Gewerkschaften gebrandmarkt. Die freche und schamlose Haltung des „Vorwärts", die Arbeiter auf die Generalabrechnung bei den kommenden Wahlen, auf notwendige Änderung der Schlichtungsordnung zu vertrösten, zynisch die Niederlage, den 5 Pfennig-Schiedsspruch als Sieg der mitteldeutschen Metallarbeiter zu bezeichnen, wurde abgemalt. In einer Reihe treffender Aussprüche von Gewerkschaftsführern und Großindustriellen, die alle die Notwendigkeit der Gewerkschaften für den Aufbau und den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft betonen, die Wirtschaftsdemokratie predigen, erklärte der Redner deutlich den grenzenlosen Verrat. Im Verfolg dieser Linie verzeichnete die Verbandsbürokratie die Kampfkraft des Proletariats, läßt sie systematisch die Arbeiter nach Berufen und Bezirken verbluten. Klar muß sich das Proletariat werden, daß es aus der Wirtschaftskrise keinen Ausweg gibt, daß alle ernstlichen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit zu Massenaktionen, zu Machtkämpfen ausarten müssen, wenn die Arbeiterklasse ihre Lebenslage verbessern will; denn im Kapitalismus gibt es nur eine weitere Verelendung des Proletariats. An Hand drastischer Beispiele aus der jüngsten Bewegung wurde die Ohnmacht und Erbärmlichkeit der KPD. in ihrer Zuträgerrolle für die Gewerkschaften aufgezeigt; durch die tägliche Praxis die Unmöglichkeit ihrer Revolutionierungsarbeit bewiesen.

Diesen konterrevolutionären, das Proletariat durch Berufsverbände zersplitternden Organisationsgebilden, die dem imperialistischen konzentrierten Kapitalismus völlig ohnmächtig gegenüberstehen, muß die einzige Klassenfront des Proletariats gegenübergestellt werden. Nur wenn sich die Arbeiter in den Betrieben als Klasse organisieren, unter Führung revolutionärer Räte aus ihrer Mitte, die jederzeit abberufbar, der direkte Willensausdruck der Masse sind, zusammenschließen in der Allgemeinen Arbeiter-Union, können sie der Elendkrise, der Ausbeutung, dem Massenverrat für immer ein Ende bereiten, dieses Hungersystem beseitigen, die proletarische Revolution zum Siege führen.

In der Diskussion ergänzte ein Genosse der KAP.-Opposition durch reichhaltiges Material das Bild vom Wesen dieser Demokratie und die Rolle der Orgeschgewerkschaften und Parlamentsparteien, zeigte das drohende Schicksal der Arbeiterklasse und den einzigen Ausweg, den Kampf um die Diktatur des Proletariats unter dem Schlachtruf: „Alle Macht den Räten!" Ein parteiloser Arbeiter brachte wieder ein praktisches Beispiel für den Gewerkschaftsterror der KPD. und die Borniertheit der Verbandsbürokratie. In konfuser und lügnerischer Art versuchte wieder ein Organisationsvermeiner seine „Klassenkampftheorien" an die Mann zu bringen. Der Referent konnte in kurzen Schlußausführungen leicht die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse beweisen.

Das Interesse der Arbeiter und ihr Beifall zeigte, daß der Gedanke der AAU. und KAP. marschiert.

Forst.

Die Forster Genossen übersandten uns eine Erklärung, die wir wegen Raummangel nicht zum Abdruck bringen können. In dieser verwahren sie sich gegen die Schreibweise der K. A.-Z. Nr. 1, 1928 der Essener Richtung, die von dem Uebertritt der Forster Genossen zur Essener Richtung berichtete. Die Forster Genossen erklären hierzu, daß niemand von ihnen den Uebertritt vollzogen habe.

In derselben Erklärung protestieren sie gegen den Artikel: „Blöde — furchtbar blöde" in der Berliner K. A.-Z. Nr. 12. Jahrgang. 9. —

Wir fürchten sehr, daß diese Proteste wenig nützen werden.

Wirtschaftsbezirk Mitteldeutschland.

Von der Bezirksleitung der KAP. ging uns eine längere Entschließung zu, in welcher die Genossen erklären, daß sie unsere Meinung zum Fall des Reichstagsabgeordneten Schwarz voll und ganz teilen. Um aber auf dem kommenden Parteitag geschlossen gegen das Abgleiten der Partei in den Opportunismus kämpfen zu können, verlangen die mitteldeutschen Genossen die sofortige Rückkehr der Opposition zur Partei.

Mit dieser Forderung wird sich die Opposition in ihren kommenden Mitgliederversammlungen beschäftigen; eine besondere Beantwortung behalten wir uns vor.

Zur Beachtung!

Die Redaktions-Kommission der „Klassenfront", Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union-Opposition, legt im Interesse einer Vermeidung von Irrtümern Wert auf folgende Feststellung:

Im Leitartikel: „Drohende Massenaussperrung!" der Nr. 2 der „Klassenfront" ist in der zweiten Spalte, 12. Zeile von unten die Rede, „daß alle Verkäufer der Ware Arbeitskraft auf ihrer Seite sind."

Es versteht sich wohl für jeden denkenden Leser von selbst, daß mit diesen Verkäufern, besser gesagt, Händlern der Ware Arbeitskraft die Gewerkschaften gemeint sind, die auf der Seite der Ausbeuter stehen.

Organisations-Kalender.

Kommunistische Arbeiter-Partei Opposition.

Groß-Berlin.

1./5. **Unterbezirk:** Jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat Sitzung im **Lokal Gessat, Graudenzerstr. 3.**

2. **Unterbezirk:** Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im **Lokal Oehlschläger, Berlichingenstr. 5.**

3. **Unterbezirk:** Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im **Lokal Fränzel, Reinickendorferstr. 42.**

4./18. **Unterbezirk:** Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im **Lokal Paries, Huielandstr. 32.**

7. **Unterbezirk:** Jeden 2. und 4. Freitag im Monat Sitzung im **Lokal Westphal, Schloßstr. 36.**

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

2. Jahrg. Nr. 4. Preis 10 Pf.

Kommunistischer Arbeiter

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, oder per Post durch Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

April 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117 149. Karl Baethke, Bln.-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen. Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der Parlamentarismus der KPD.

Der Auftakt zu dem diesjährigen Wahltrummel hat begonnen. Die ersten Wahlversammlungen haben stattgefunden, und das Raufen, Werben und Schachern um die geduldigen Wählermassen nimmt seinen Verlauf. Auch die KPD. fehlt nicht bei der Wahlkomödie und versucht ebenfalls, Wähler zu gewinnen. Wähler gewinnen heißt jedoch in keinem Falle: Kämpfer gewinnen. Ob die KPD. durch die Beteiligung am Parlament und seinen Wahlen dem Kommunismus einen Dienst erweist, wie sie betenert, wollen wir sachlich und nüchtern untersuchen und prüfen.

Die Geschichte des Parlamentarismus der KPD. ist markant ausgedrückt. die Geschichte von Wandlungen. Einst glaubten die Komintern und die KPD., daß es möglich wäre, innerhalb des Parlaments für die proletarische Revolution zu wirken, ohne zu entgleisen und dabei in den parlamentarischen Opportunismus zu verfallen. Es ist anders gekommen, und die Geschichte hat der KAPD. recht gegeben.

Die KPD. hat nicht einmal, sondern hundertmal mit ihrem Parlamentarismus versagt, und dieses nicht etwa, weil er nicht richtig gehandhabt wurde, sondern deshalb, weil in dem heutigen Stadium des Klassenkampfes ein revolutionärer Parlamentarismus unmöglich ist. Der Parlamentarismus der KPD. mußte scheitern, da in dem bestehenden Rahmen des kapitalistischen Parlaments keine kommunistische Politik betrieben werden kann. Wohl haben die Parlamentarier der KPD. die Grundsätze des Kommunismus verlassen, haben versagt und sind allzu oft in das Schlepptau der Bourgeoisie genommen worden. Das kann jedoch allein noch nicht das Fiasko der KPD. im Parlament begründen.

Wer ins Parlament geht, muß sich den Bedingungen desselben fügen. Eine Sabotage innerhalb des Parlaments gegen dasselbe scheitert an den bestehenden Machtverhältnissen. Auch die Obstruktion einer revolutionären Partei kann im Parlament nicht wirken, da alle Parteien gegen sie sind und außerdem über genügend Mittel verfügen, um sie zu erledigen.

Alle revolutionären Maßnahmen, die versuchen, von innen das Parlament unschädlich zu machen, müssen unbedingt versagen, und es bleibt nur eine Möglichkeit — praktische Mitarbeit innerhalb des parlamentarischen Systems.

Die 8 Jahre parlamentarischer Arbeit der KPD. haben mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß es keine antiparlamentarische Betätigung innerhalb des Parlaments gibt, und daß der parlamentarische Weg der KPD. zur Versumpfung führen mußte.

Es gibt nur zwei Wege, entweder einen Antiparlamentarismus von außen gegen das Parlament oder praktische Mitarbeit innerhalb des Parlaments, welche nur opportunistisch sein kann. Die KPD. wählte den letzten Weg, und hierin liegen die Hauptgründe ihres Reformismus.

Bei näherer Betrachtung der parlamentarischen Einstellung der KPD. von einst und heute wird uns klar, welche ungeheure Entwicklung ihre parlamentarische Betätigung durchschritten hat. Einst verkündete man leidenschaftlich, man werde nur in das Parlament gehen, um es unmöglich zu machen und von innen sprengen. Die Leitsätze des II. Weltkongresses der Komintern sagen darüber:

„Die Kommunistische Partei geht in diese Institution nicht hinein, um dort eine organische Arbeit zu leisten, sondern um vom Parlament aus den Massen zu helfen; die Staatsmaschine und das Parlament selbst durch die Aktion zu sprengen".

An einer anderen Stelle der Leitsätze heißt es ausdrücklich: „Daher kann nur von der Ausnutzung der bürgerlichen Staatseinrichtungen zum Zweck ihrer Zerstörung die Rede sein." —

Aeußerlich klingen diese Worte sehr verführerisch, und leicht könnten sie uns blenden; doch der historische Materialismus lehrt uns etwas anderes. Die Praxis der KPD. zeigt uns, daß diese anscheinend revolutionäre parlamentarische Einstellung sich bis zur Bejahung des heutigen Staates entwickelt hat. Tatsache ist, daß diese Partei in verschiedenen Ländern kapitalistische Regierungen lebensfähig erhalten hat. Wie dieses mit der These der Zerstörung des alten Staates in Einklang zu bringen ist, können nur Reformisten und Opportunisten verstehen. In Preußen, Sachsen, Mecklenburg und verschiedenen Stadtparlamenten ermöglichte die KPD. durch ihren Parlamentarismus kapitalistische Regierungen und Organe des heutigen Staates. Sie hat sich sogar den bürgerlichen Ministerialismus zu eigen gemacht, was jedem kommunistischen Grundsatz Hohn spricht. **Im Jahre 1923 erlebten wir das erbärmliche Schauspiel, daß KPD.-Parlamentarier bürgerliche Minister wurden und den Eid auf die Verfassung leisteten.** Sie dienten dadurch nicht dem Kommunismus, sondern verschandelten und diskreditierten ihn.

Diese Partei ist längst auf dem parlamentarischen Niveau der SPD. angekommen. Will sie diese Politik rechtfertigen, so kann sie das nur mit sozialdemokratischen Argumenten tun.

Wenn wirklich die Möglichkeit vorhanden ist, daß ein KPD.- oder SPD.-Minister für seine Klasse Dienste und Vorteile ermöglichen kann, dann ist der Kampf für die proletarische Revolution überflüssig und die Reformisten hätten mit ihrer „Theorie" des langsamen Hineinwachsens in den Sozialismus recht. Diese Politik bedeutet in der Tat, daß ein sozialdemokratischer oder kommunistischer Minister das kleine Uebel wäre, gegenüber dem offenen, bürgerlichen Minister.

Von dieser reformistischen Anschauung aus ermöglichte die KPD. jahrelang kapitalistischen Regierungen die Existenz. Die Proletarier mögen einmal sachlich erwägen, ob wirklich sozialdemokratische Minister vom Schlage eines Severing minder gefährlicher für die Arbeiterklasse sind, als bürgerliche Minister, die offen gegen das Proletariat regieren. Der verkappte Feind im Schafspelz ist der schlimmste, denn er täuscht und irretiert das Proletariat. Diesen maskierten Feind, den die SPD. verkörpert, unterstützt die KPD. durch ihren Parlamentarismus.

Eine preußische Regierung, die mit aller Brutalität den mitteldeutschen Aufstand blutig niederschlug und ebenso 1923 das kämpfende Proletariat durch die weißen Garden erledigte, genoß die indirekte Unterstützung dieser „kommunistischen" Landtagsfraktion. Das ist kein Einzelfall, sondern in Sachsen und Mecklenburg lagen die Verhältnisse ebenso.

Bei den letzten Hamburger Bürgerschaftswahlen erklärte sich gleichfalls die KPD. bereit, eine SPD.-Regierung zu unterstützen, wenn sie gewillt ist, eine Politik zu betreiben, die im Interesse des Proletariats liegt. Ob das überhaupt in der bestehenden Gesellschaft möglich ist, danach fragt die KPD. nicht, da ihre parlamentarische Tätigkeit auf Illusionen aufgebaut ist.

Ihre praktische parlamentarische Arbeit hat jedoch noch andere Auswüchse. Seit Anfang ihres Parlamentarismus bringt sie Gesetzentwürfe und Abänderungen derselben im Parlament ein. Entweder sind diese Anträge reformistisch und staats-

Wahlsiege sind Scheinsiege

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Rundschreiben davon verständigt, daß der Termin für die Neuwahl des Reichstages auf den 20. Mai festgesetzt werden wird. Die Landesregierungen wurden gebeten, die Gemeindebehörden anzuweisen, mit der Anlegung der Wählerlisten zu beginnen und als Stichtag für die Aufnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzusehen.

So, nun kann's losgehen. Mit allen Mitteln der Massenbeeinflussung, durch Massenverbreitung von Abermillionen Flugblättern, riesigen Demonstrationen mit recht vieler und lauter Musik, Aufführung von Revuen vielleicht unentgeltlich, und wer weiß, was man nicht noch alles rauskurbelt, wird um die Seele der Wähler geworben.

Durch die riesige Großmacht, die Presse, gehen all die altbekannten Melodien:

Wählt! Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Wer richtig zu lesen versteht, wird herausfinden, daß das Wahlrecht entschieden ist, sondern daß überhaupt gewählt wird.

Der Gedanke wäre für die Bourgeoisie und ihre getreuen Lakaien, für alle Berufspolitikanten und „altbewährten" Führer einfach unfaßbar, wenn die riesigen Arbeiterbataillone endlich mal aus ihren laufenden Niederlagen praktische Schlußfolgerungen im Klassenkampf ziehen würden. Unfaßbar wäre es für sie, wenn der Riese Proletariat all seinen Buhlern den wohlverdienten Fußtritt versetzen würde, um damit zu dokumentieren, daß ihm der Staatsapparat der Bourgeoisie mit seinem parlamentarischen Kulissenzauber gestohlen bleiben kann.

Das Ventil des Volkszorns ist für die parlamentarischen Parteien, die im Proletariat leider noch die Hauptrolle spielen, SPD. und KPD., äußerst günstig geöffnet worden.

Für all die Proletarier, die die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Politik nicht klar erkennen, geben die letzten Schiedssprüche nebst ihrer Verbindlichkeitserklärung durch bürgerliche Minister Anlaß, wieder SPD. zu wählen. Dieser ruhige Proletarier, der stolz auf seine Ueberlegenheit und Besonnenheit ist, will den Kommunismus schrittweise erkämpfen, möglichst ohne große Opfer und ohne Gefahr für die Gesundheit. Diese Proletarier haben längst vergessen, daß der heutige Zustand, in dem das Proletariat sich befindet, eben der Weg der „Demokratie" ist. Sie haben vergessen, daß Sozialdemokraten die Wegbereiter und Verfechter des Wiederaufbaues waren und sind. Wiederaufbaues dieser kapitalistischen Wirtschaft, die eben nur noch mit der brutalsten und raffiniertesten Ausbeutung ihren Profit sichern kann, und dabei immer größere Massen der vollständigen Verelendung preisgibt.

Für die Sozialdemokratie ist, so abnorm es erscheint, gute Konjunktur.

Aber auch die KPD., dieses Gemisch von revolutionärer Phrase und parlamentarischer Realpolitik, hat gute Aussichten, trotzdem ihre Reihen stark gelichtet sind durch die Opposition. Doch ist ihr Apparat noch immer stark genug, um durch Suggestion der Massen (RFB. mit Schalmeien, Autos mit roten Fahnen, dazu Liebknechts und Luxemburgs Bilder usw.) dieselben für die „Kommunisten"wahl zu bereisternn.

Auch für sie kommen die laufenden Niederlagen der Berufsgruppen, sowie das mussolinische Schlichtungswesen nebst der Schlichtungsguillotine als Zugkraft in Betracht. Die Proletarier haben längst die Belieferung der deutschen Reichswehr mit Granaten aus Rußland (das angeblich im sozialistischen Aufbau sich befinden soll) vergessen.

Der lächelnde, überlegen lächelnde Wahlspießer wird in Ruhe und Ordnung seine vaterländische Pflicht erfüllen und zur Urne schreiten, wann es befohlen wird.

Der „Sieg der Proletarier", d. h. die Zunahme der Mandate der Sozialdemokraten und der Parlamentskommunisten wird ziemlich groß sein.

Günstig für die Berufsschieber ist noch der Monat Mai.

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeiter, wird man sich in radikaler Geste überschlagen. Minister in und außer Dienst werden den zut und stramm disziplinierten Proletariern erklären, daß es wieder oder immer noch aufwärts geht zum Sozialismus; denn sie sind doch schon Minister gewesen oder sind's noch.

Alles in allem sind die Wahlaussichten diesmal besonders günstig für die Arbeiterparteien.

Aber so sicher die Zunahme der Mandate dieser Parteien ist, was dieselben dann als Sieg des Proletariats bezeichnen werden, **so sicher ist weiter die Ohnmacht der Arbeiterklasse und ihre laufenden Niederlagen auf der Grundlage ihrer Zunft- und Branchenorganisationen.**

Wahlsiege sind Scheinsiege.

Wahlsieg ist Bluff.

Wahlsieg schafft korrumpierte Parlamentarier, schafft Berufsführer und Berufsschieber, schafft eine ungeheure bürokratische Wahlmaschine, die im Moment des Kampfes und der Entscheidung (wie 1914) ein Instrument des sonst so „verhaßten" Gegners ist.

Darum, Proletarier, wenn es euch Ernst ist mit dem Kommunismus, mit der sozialistischen Gemeinwirtschaft, wenn es euch Ernst ist mit dem Sturz der kapitalistischen Profitordnung:

Wählt nicht!

Nieder mit dem bürgerlichen Parlament!

Alle Macht den Räten!

erhaltend, oder sie entbehren jeder Realität und sind utopisch. Einige geschichtliche Dokumente seien erwähnt.

Nach dem Rathenaumord kam am 27. Juni 1922 das Berliner Abkommen zwischen SPD., KPD., sowie den Gewerkschaften zustande. Dieses Abkommen enthält die Forderung des republikanischen Schutzgesetzes, was sich nachher in der Praxis gegen das revolutionäre Proletariat richtete. Die „Rote Fahne" vom 28. Juni 1922 brachte in ihrer Abendausgabe das Berliner Abkommen, unterschrieben von Meyer und Koenen, wodurch das schändliche Gesetz gegen den Kommunismus ins Leben gerufen wurde. Das war ein ganz besonderes „Stück praktischer Arbeit".

Einige Jahre hindurch schrie die KPD. ständig nach der Arbeiter- und Bauernregierung, bis sie endlich im Oktober 1923 erstand. Was diese Regierung mit parteikommunistischen Ministern wert war, darüber sprach Thälmann auf dem 5. Weltkongreß am 23. Juni 1924 folgende Worte:

„Wir haben gesehen, daß die (sächsische Arbeiter-)Regierung schon nach wenigen Tagen 14 Millionen Mark als Abfindungssumme für den König von Sachsen bewilligte."

Dieses war die „praktische Arbeit" der Arbeiterregierung, und trotz dieser Kompromittierung ihrer lächerlichen Parole hält sie noch heute die Forderung der Arbeiterregierung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft aufrecht. Man betrachte aufmerksam diese „praktische" Politik und überlege dann, wie widersinnig die These von der Sprengung des Parlaments wirkt.

Die Phantasieparolen und die dazu gehörigen parlamentarischen Anträge wollen wir ebenfalls noch kurz behandeln.

Die „Erfassung der Sachwerte" war eine lange Zeit hindurch das geflügelte Schlagwort und die Zugparole der KPD. Zu dieser reformistischen Parole stellte sie im Reichstag einen Antrag in Gestalt eines Gesetzentwurfes. **Dieser Gesetzentwurf sollte die Bürgerrentze Sozialisierung im staatssozialistischen Sinne, durch Parlamentsbeschluß ausführen.** Am 6. Juli 1923 veröffentlichte die „Rote Fahne" diese Gesetzesvorlage. Sie direkt grotesk wirkte. Hier hatte die KPD. die SPD. im Reformismus noch überboten. **Wer solche Anträge formuliert, die das langsame Hineinwachsen in den sozialistischen Staat besagen, hat längst mit dem Gedanken der revolutionären Staatsumwälzung durch die proletarische Revolution gebrochen.**

Ein Antrag aus dem Jahre 1923, den die „Rote Fahne" am 10. Oktober 1923 veröffentlichte, besagte, daß Stinnes, Klöckner, Vögler, Krupp v. Bohlen-Halbach und noch einer ganzen Reihe von Großindustriellen der Prozeß wegen qualifizierten Hoch- und Landesverrats vor dem Staatsgerichtshof gemacht werden sollte. **Die KPD. forderte damit, daß der Staat, der das ausführende Organ dieser Großkapitalisten ist, seine eigenen Repräsentanten unter Anklage stellen sollte. Diesen parlamentarischen Blödsinn wagte die Partei ihren Mitgliedern vorzusetzen.** Solche albernen Anträge, die jeder ernsten kommunistischen Politik Hohn sprechen, stellt sie in den Parlamenten bis auf den heutigen Tag. Es ist daher unmöglich, alle Anträge anzuführen.

Nicht unerwähnt sei ihr schändliches Verhalten zu dem Reichsknappschaftsgesetz, das einen durchaus reaktionären Charakter hat und mit ihrer Hilfe seine Annahme fand. Später stellte sie ihre Zustimmung als einen „Fehler" hin; doch kann man sagen, daß die Politik der KPD. nur aus solchen „Fehlern" besteht.

Diese Partei erniedrigte sich sogar soweit, daß sie gemeinsam mit den reaktionärsten Parlamentariern aus dem Lager der Völkischen Anträge im Interesse der Reichswehr und des kapitalistischen Staates formulierte und dem Reichstag einreichte. Die Änderungsanträge datieren vom 25. März 1926 und sind unterzeichnet von Stöcklen, Schmidt, Ersing, Dr. Cremer, **Torgler (KPD.)**, Dietrich, Drewitz, Dauer, Dr. Frick (Völkisch). Diese Anträge bewilligen Millionen Mark für den kapitalistischen Staat und seine Stützen, wie Regierungsräte, Regierungssekretäre und sonstige hohe Staatsbeamte, und auch die schwarze Reichswehr war hierbei nicht unberücksichtigt geblieben.

Der parlamentarische Verrat der KPD. am revolutionären Klassenkampf steigerte sich in den letzten Jahren enorm. Der Arbeiterklasse möge dieses eine Lehre sein, wenn diese pseudokommunistische Partei bei dem Wahlrummel von neuem versucht, mit ihren parlamentarischen Phrasen das Proletariat zu umnebeln.

Die KAP. und AAU. bekämpfen jedoch nicht nur allein aus den angeführten Entgleisungen, Entartungen und dem Verrat am Kommunismus den Parlamentarismus der KPD. Schon der Wahlakt an sich wirkt hemmend und hindernd für den proletarischen Befreiungskampf. Tatsache ist, daß schon die Wahl und ihre Form Illusionen in den Hirnen der Arbeiter erzeugen müssen. Wer gewählt werden will, muß den Wählern etwas versprechen, muß sich ihnen anpassen und ihrer Rückständigkeit Rechnung tragen. **Der Wahlakt wirkt täuschend und irreführend für das Proletariat auch dann, wenn er mit revolutionären Phrasen umsponnen wird.** Die 8 Jahre Parlamentarismus der KPD. beweisen dieses mit aller Schärfe. **Die Wählermassen der KPD. wählen nicht zum Protest gegen das heuchlerische parlamentarische System des Kapitalismus, sondern erwarten „praktische Arbeit" von den Gewählten. Aus diesen Gründen behaupten wir, und die Erfahrung lehrt uns, daß gerade der Parlamentarismus der KPD. ganz besonders zur Stärkung der demokratischen Illusionen beigetragen hat.**

Die letzten Erfahrungen des Parlamentarismus lehren uns noch andere wichtige Tatsachen. **Das Proletariat kann keinen seiner gewählten Parlamentarier zur Rechenschaft und Verantwortung ziehen, denn die Wähler können keinen seiner Funktion entheben.** Auch die Berufung auf das tapfere Verhalten eines Karl Liebknecht kann diese Tatsache nicht entkräften. Daß nicht alle „Arbeitervertreter" im Parlament **Liebknechts** sind, beweisen uns am besten die letzten Auswüchse der KPD.-Parlamentspolitik.

Die angeführten Erfahrungen des Parlamentarismus der KPD. genügen vollständig, um seine Schädlichkeit für die Befreiung der Arbeiterklasse zu beweisen.

Eine verfehlte Spekulation.

Einheitsorganisation und Essener Richtung.

Der Streit in der KAPD. um den Fall Schwarz mit allen seinen Begleiterscheinungen hat gleich zwei andere Organisationen auf den Plan gebracht. Die Allgemeine Arbeiter-Union-Einheitsorganisation in ihren diversen Spielarten, sowie die Partei der Kommunistischen Arbeiterpartei, Essener Richtung, versuchen an Hand der Differenzfragen, der KAP.-Opposition die Richtigkeit ihrer Ansichten und die Notwendigkeit ihrer Organisationen zu beweisen. Das ist ihr gutes Recht, das ihnen niemand absprechen wird. Etwas anderes ist es, ob ihre Argumente uns davon überzeugen können, daß ihr Weg der richtige ist. Das kurz zu beantworten, soll der Zweck dieser Zeilen sein, wobei wir vorausschicken, daß eine tiefe theoretische Auseinandersetzung uns zurzeit mangels Raumes nicht möglich ist. Trotzdem wollen wir nicht darauf verzichten, weil angesichts der vor uns stehenden Aufgaben zum Zwecke der Vermeidung von Mißverständnissen uns notwendig erscheint, klar auszusprechen, daß beide Seiten, Einheitsorganisation sowohl wie Essener, mit ihrer Absicht auf Gewinnung der KAP- und AAU-Opposition eine verfehlte Spekulation betreiben.

Wenden wir uns zunächst der Einheitsorganisation zu, machen wir die Entdeckung, daß wir es gleich mit wenigstens drei Sorten zu tun haben, die alle für sich in Anspruch nehmen, uns zu gewinnen. Da es uns zunächst darauf ankommt, Widersprüche aus ihrer Praxis aufzuzeigen, sei folgendes gesagt:

Wir verzeichnen zu zunächst die AAUE., Frankfurter Richtung, mit ihrem Organ: „Die proletarische Revolution". Sie bezeichnete sich selbst als antiautoritär, marxistisch und revolutionär; ihre antiautoritäre Einstellung hindert sie jedoch nicht daran, in ihren Versammlungsannoncen die Namen ihrer Referenten anzugeben, wie beispielsweise: „Ref. Gen. Thyssen, (*) Berlin (früher Mitglied der KAPD.)". („Die prol. Revolution", Nr. 1, 1928). Das ist unseres Erachtens ein Widerspruch, den sie beseitigen sollten. Ihre „Klarheit" gestattet ihnen, einen Vortrags-Zyklus zu inserieren, in welchem der Anarchist Berthold Cahn über „Die historische Rolle des Staates" referiert. Frage: Wie bringen sie das mit ihrem Marxismus in Einklang?

*) Zur Orientierung sei bemerkt, daß der Gen. T. zur Zeit der Spaltung nicht in der deutschen Organisation war. Er gehörte niemals zu unserer Opposition und nahm bei der Diskussion über die Streitfragen vor der Spaltung eine schwankende Haltung zugunsten der Körperschaften ein. Mit ihm ist ein wesentlicher Teil der nach der Spaltung bei den Körperschaften verbliebenen Mitglieder des „Berliner Unterbezirks zur AAUE. gegangen. 90 Proz. dieses stärksten Bezirkes der KAP. und AAU. sind bei der Opposition.

Die nächste Sorte Einheitsorganisation ist der „Spartakusbund", der vor noch nicht allzu langer Zeit durch seine Verbindung mit dem ehemaligen parteikommunistischen Abgeordneten Iwan Katz Aufsehen erregte. Die Gleichartigkeit der Fälle — auch Katz war sogenannter Sympathisierender, genau wie Schwarz bei der KAP. — lassen uns diese Organisation als Bundesgenossen ablehnen.

Bleibt übrig eine weitere Einheitsorganisation, die sich um die Zeitung „Proletarischer Zeitgeist" gruppiert. Sie ist völlig uneinheitlich in ihren Auffassungen, teils marxistisch (aber wie), teils hinte sie den Marxismus völlig ab und huldigt idealistischen Schöngeisterei, indem sie, um nur ein Beispiel herauszugreifen, „Bewußtsein und Willen der Menschen als Bewegungsmotor der Entwicklung" bezeichnet.

Nach ihrer gemeinsamen Auffassung ist die Partei die Wurzel allen Uebels, die Schmarotzer und Diktatoren über die Arbeiter erzeugt. Infolgedessen muß das Proletariat die Parteien zerstören und sich in einer politisch-wirtschaftlichen Einheitsorganisation auf der Basis des Rätesystems zusammenschließen.

Es soll zugegeben werden, daß rein äußerlich betrachtet eine solche Organisation für abgekämpfte, des unvermeidlichen Parteistreits müde gewordene Arbeiter eine gewisse Anziehungskraft ausübt. Eine Organisation — einmal Sitzung — einmal Beitrag — einmal Zeitung — das ermöglicht, sich auszuruhen von den Strapazen des aufreibenden Klassenkampfes. Bei näherer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß eine solche Einheitsorganisation in Wirklichkeit in den Sumpf der Passivität, ins Nichts, abseits vom revolutionären Klassenkampf führt, da die Form der Organisation selbst eine derartige Logik der Entwicklung in sich birgt und auf falschen Voraussetzungen beruht.

Zunächst ist das Argument: Die Partei hat an allem Schuld — rein agitatorisch und nebenbei falsch. Das beweist allein die bisherige Geschichte der diversen Einheitsorganisationen, die überaus reich an Spaltungen, Korruption, Führerdiktatur usw. ist. Diese Ereignisse zeigen deutlich, daß alle die üblen und schädlichen Erscheinungen in der Arbeiterbewegung überall, auch in Einheitsorganisationen, vorkommen, weil sie eben unvermeidlich mit dem Kampf der Arbeiter verbunden sind, der sich ja im Kapitalismus abspielt und von dessen Zersetzungserscheinungen die Arbeiterbewegung mit angefressen wird. Hierzegen ist aber nur ein Kraut gewachsen — die Hebung des politischen Bewußtseins, die unentwegte Förderung der Bewußtseinsentwicklung der Mitglieder, die den besten Damm gegen solche unliebsamen Vorkommnisse bildet. Eine weitere, hauptsächlich falsche Annahme ist die, daß die Einheitsorganisation eine geschlossene proletarische Klasse mit einheitlichem Kampfwillen voraussetzt. Beides ist nicht vorhanden und ist erst nach dem Siege der Proletarier über die Bourgeoisie möglich.

Für die Opposition der KAP. und AAU. hat daher die Einheitsorganisation, die bar jeden dialektischen Denkens zum Schlechtesten, hinwegsieht, revolutionäre Aktionen führt, nicht die geringste Anziehungskraft. Wo immer in unseren Reihen solche Tendenzen auftauchen sollten (bei eintretender Ermüdung einzelner ist das möglich), wird die Opposition sie durch ideologische Aufklärung im Keim ersticken, weil sie eines revolutionären Marxisten unwürdig sind.

*

Betrachten wir nun kurz die Ansichten der Essener Richtung. Sie stehen auf dem Boden der Partei und Union; doch haben ihre zahlenmäßigen Isolierheit, ihre Entfernung vom praktischen Klassenkampf in Verbindung mit starrem undialektischen Denken wesentlich zur inneren Zersetzung beigetragen. Heute zerfallen sie in der Frage der Organisationsform allein in mindestens drei Lager. Es gibt unter ihnen Befürworter von Partei und Union, Verneiner der Partei (also mit Tendenzen zur Einheitsorganisation) und Verneiner der Union. Nach einer Meldung ihrer Essener Ortsgruppe, die uns unaufgefordert zugeht, haben auf ihrem Parteitag, der im Februar stattfand, die Ortsgruppen Berlin und Spandau die Union als Klassenorganisation des Proletariats abgelehnt.

Diese Uneinheitlichkeit in der Organisationsfrage, die zugleich Frage der Revolution selbst ist, macht ihre Ansichten undiskutabel. Hinzu kommt als Ausfluß ihrer undialektischen Denkmethode jene „Theorie", daß der tägliche Kampf uns Brot — Kampf um ein Stück Privateigentum ist, die die Union als Organisation weder unterstützen noch führen darf, der hingegen dem Unionisten als Einzelperson erlaubt ist. Abgesehen davon, daß der Unionist im Betriebe keinen Klassenkampf als Privatperson führen kann, droht in Verbindung mit der Organisation als deren Mitglied führen kann (wozu braucht er sonst eine Organisation?), stehen wir auf dem Standpunkt, daß die täglichen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit die Quelle sind, die den Kampf der Arbeiter mit Energien speist und sie zur Revolution treibt. Aufgabe einer revolutionären Klassenorganisation kann nicht nur Propaganda des Zieles, sondern muß darauf gerichtet sein, als handelnder Faktor selbst einzugreifen, die Arbeiter in Kämpfe zu führen, denn nur im revolutionären Kampf selbst wächst der Wille und die Kraft des Proletariats und befähigt es zur Lösung seiner Aufgaben.

Daß eine solche Taktik ohne gewerkschaftliche Methoden, ohne eine Union, die Gewerkschaftsersatz im üblen Sinne sein muß, möglich ist, kann nicht bestritten werden. Notwendig dazu ist allerdings ein fester Kadre in Gestalt der Partei, die von idealistischen Schrullen und undialektischer Denkweise, wie sie die Essener besitzen, frei ist. Eine solche Partei überzeugter Marxisten wollen wir; eine Partei, die es allerdings nicht erreichen hat, von dem Alltag des Klassenkampfes in höhere Regionen der Unwirklichkeit zu flüchten, es

Argument der KPD., daß Rußland nur die Konferenz besuchte, um die kapitalistischen Schieber und ihr Spiel zu entlarven, ist nicht sehr stichhaltig, denn was ist an einer Konferenz zu entlarven, die die Heuchelei und den Widersinn auf der Stirn geschrieben hat?

Die Konferenz konnte kein Ergebnis im positiven Sinne zeitigen, denn sogar die schwachen kapitalistischen Staaten rüsten. Deutschland wirft augenblicklich 80 Millionen Reichsmark für einen Panzerkreuzer aus. Für das revolutionäre Proletariat gilt es jedoch, nicht darüber zu jammern und zu stöhnen, denn klagen wendet keine Gefahr ab.

Das Proletariat muß erkennen, daß es mit den Waffen der Imperialisten seine Klassenfeinde vernichten und besiegen muß. **Die Waffen, die der Kapitalismus ständig vermehrt zur Festigung seiner Lohnsklaverei, muß das Proletariat umkehren und gegen den mörderischen Kapitalismus richten, wie uns zigantisch die russische Revolution gezeigt hat.**

Das ist die Lehre von Genf.

Der ADGB. muß . . . . die Bourgeoisie beruhigen.

Während die „Rote Fahne" laufend brüllt: Proletarier, der ADGB. muß . . . sich an die Spitze eurer Bewegungen stellen, zwingt ihn, daß er alle Kämpfe zusammenfaßt, damit ihr in Massen schlagkräftig gegen die Unternehmerklasse auftreten könnt, beweisen diese Mumien des Klassenkampfes dem einfältigsten Proletarier, daß sie eben nur Mumien im Klassenkampf sind. „Rote Fahne"-Redakteure wird das natürlich nicht hindern, weil es bezahlen und bezahlt wird, von diesen Mumien kraftstrotzende Lebenszeichen zu verlangen.

Bekanntlich ist der Bourgeoisie und ihren Lakaien ein Regiefehler unterlaufen. Die vielen Tarifverträge, die zugleich allhelfen und hunderttausende Proletarier in Erregung und auch teilweise in Streikbewegung brachte, hätten den Riesen Proletariat leicht zu Handlungen verführen können, die den Mehrwertbestien und ihren getreuen Hunden höchst unangenehm gewesen wären.

Wie sicher nun sich diese altbewährten Führer im Arbeiterverrat fühlen, beweist Leipart auf der II. Sitzung des Bundesausschusses vom ADGB. am 20. März 1928.

Der „Vorwärts" vom 21. März berichtet darüber folgendes:

„Die Reihe großer Bewegungen im letzten Vierteljahr hat weite Kreise in Deutschland in Unruhe versetzt. Der Bundesvorstand hat sich eingehend mit der Situation beschäftigt. Er hat anerkannt, daß die Oeffentlichkeit bei der weitgreifenden Bedeutung dieser Kämpfe von den Gewerkschaften über die Ziele und Beweggründe informiert werden müsse.

Aber die Besorgnis gehen diese Bewegungen nicht. Sie sind keine Gefahr für die Wirtschaft; ihre Häufung auch nicht bedenklich für die Gewerkschaftsbewegung."

Die Millionen Proletarier in den freien Gewerkschaften dürfen beruhigt sein. Der Bourgeoisie geschieht nichts. Ihrem Profitapparat, Wirtschaft genannt, droht nicht die geringste Störung. Und sollte doch mal wider Erwarten etwas passieren, was außerhalb des Programms liegt, dann werden wir euch (der Bourgeoisie. D. R.) schnellstens über die Beweggründe und das Ziel Bericht erstatten, damit dann der Schlichter die Schiedsspruchguillotine in Anwendung bringen kann; denn so und nur so **kann und muß der ADGB.**

Seltenes Eingeständnis: „Wahlen sind das Ventil des Volkszorns", sagt die SPD.

Durch das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht kann das Proletariat seine Stimme „richtig", d. h. für einen Sozialdemokraten, abgeben. Dadurch wiederum kann, da die Sozialdemokraten, abgeben, die Proletarier, die Sozialdemokratie die Mehrheit bekommen, und dadurch kann dann alles das kommen, was die Proletarier wünschen und erhoffen, und viele sogar erkämpfen wollen: der Sozialismus.

Wie das alles vor sich gehen soll, geben wir wieder aus dem „Jugend-Vorwärts" Nr. 3 vom 25. März 1928: „Märzluft weht auch durch unser Volk. Wenn der Mai das Land regiert, dann wird Deutschland Sozialistische Republik sein. Der Kampf steht gut. Die finsteren Mächte der Reaktion sind in die Abwehr gedrängt, die Kräfte des Fortschritts ringen um den Sieg, und Märzluft, frische lebenweckende Märzluft wird einziehen in die Parlamente des Reichs und der deutschen Länder. Märzluft wird die Amtsstuben säubern von den stillen und offenen Feinden des freien demokratischen Volksstaates."

Hier, in diesen wenigen Worten, wird also offiziell die Linie der SPD. vertreten: durch die Wahlen zum Sozialismus.

Dieser Gedanke ist aber nur für den großen Lümmel, das Volk, bestimmt. Die sozialistischen Schriftsteller selbst wissen, daß das eine lügnerische Phrase ist. Dies beweist uns der „Vorwärts" vom 17. März, wo man in der Abendausgabe, die jetzt „Der Abend" heißt, folgende richtige Betrachtung über die Märzkämpfe 1848 anstellt:

„Das städtische Arbeitsvolk lebte in Höhlen, statt Wohnungen, ohne Beschäftigung, ohne Unterstützung, ohne Organisation, die ihm eine Stütze hätte sein können. Im Lande war der Hungertyphus als ständiger Gast. Massensterben der Kinder im zartesten Alter. Und daneben eine engstirnige, nur auf eigenen Vorteil und auf Weiterführung ihrer Herrschaft bedachte Junkerklasse. An ihrer Spitze der preußische König, im Vergleich zu dessen Geschwätzigkeit sein Nachfahr Wilhelm II. fast als ein Berg des Schweigens erschienen wäre.

Neben den sozialen Mißständen, die zum Himmel schrien, wirkten die politischen aufpeitschend. Eine verzopfte Zensur unterband jede freie Meinungsäußerung in der Presse. Ein Versammlungsrecht gab es nicht.

Wählen, die als Ventil des Volkszornes hätten wirken können, schon gar nicht.

Die Temperatur wurde überhitzt, um so mehr, als auch die Ereignisse in Frankreich und Belgien den preußischen Hochmut nicht zu brechen imstande waren, ja nicht mal die Revolte in Bayern, die die Buhlerin des Königs und diesen selbst davonjagte, im Schlosse zu Berlin irgendeinen Eindruck zu machen schien."

Wären die Mitglieder der parlamentarischen Parteien, SPD. und KPD., zum kritischen Lesen und Denken erzogen, also etwas mehr als Wahlschafe, dann würden sie nicht immer und immer wieder mit solch einer Schafsgeduld zum Wahlkloset gehen, um dort ihren Zorn abzuladen, und somit durch das Ventil des Volkszornes Leuten ein etwas Existenzschaffen, die es ihnen erlaubt, in Wort und Schrift das Proletariat zu verhöhnen; denn **der Sozialismus marschiert!** Frei nach Noske.

Aus dem Sumpf der SPD.

Die „Klassenfront", Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union-Opposition, veröffentlichte in ihrer Nr. 1, Jahrgang 2, Vorgänge aus einer Arbeiter-Sportorganisation. In dem Artikel „Verleumder am Werk" wird gesagt, daß sich unter den Einsätzen der Gruppe Charlottenburg der „Freien Schwimmer-Charlottenburg" im Jahre 1922 im Kassenbuch ein Beitrag von 2000 RM für verkaufte Gewehre befindet. Zur gleichen Zeit bekam es ein Mitglied, Tinius, gleichzeitig sozialdemokratischer Bürgerdeputierter, fertig, ohne Betragen des Vereins Von der Einwohnerwehr 500 RM zurückzuzahlen. Damit man die Fähnrichs der Verein, die Mitglieder der Einwohnerwehr im Schwimmen auszubilden. Damals war es einigen KAP.-Genossen im Verein gelungen, dies mit großer Mühe zu verhindern. Das Mitglied Tinius wurde verpflichtet, den Betrag zurückzugeben.

Es war nun klar, daß diese Vorkommnisse ihren Hinterkrund haben. So mir nichts, dir nichts, verschenkt der Bürger, was außerhalb des Programms liegt, dann werden wir euch (der Bourgeoisie. D. R.) schnellstens über die Beweggründe und das Ziel Bericht erstatten, damit dann der Schlichter die Schiedsspruchguillotine in Anwendung bringen kann; denn so und nur so **kann und muß der ADGB.**

Seltenes Eingeständnis: „Wahlen sind das Ventil des Volkszorns", sagt die SPD.

Durch das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht kann das Proletariat seine Stimme „richtig", d. h. für einen Sozialdemokraten, abgeben. Dadurch wiederum kann, da die Sozialdemokraten, abgeben, die Proletarier, die Sozialdemokratie die Mehrheit bekommen, und dadurch kann dann alles das kommen, was die Proletarier wünschen und erhoffen, und viele sogar erkämpfen wollen: der Sozialismus.

Wie das alles vor sich gehen soll, geben wir wieder aus dem „Jugend-Vorwärts" Nr. 3 vom 25. März 1928: „Märzluft weht auch durch unser Volk. Wenn der Mai das Land regiert, dann wird Deutschland Sozialistische Republik sein. Der Kampf steht gut. Die finsteren Mächte der Reaktion sind in die Abwehr gedrängt, die Kräfte des Fortschritts ringen um den Sieg, und Märzluft, frische lebenweckende Märzluft wird einziehen in die Parlamente des Reichs und der deutschen Länder. Märzluft wird die Amtsstuben säubern von den stillen und offenen Feinden des freien demokratischen Volksstaates."

Hier, in diesen wenigen Worten, wird also offiziell die Linie der SPD. vertreten: durch die Wahlen zum Sozialismus.

Für die Opposition der KAP. und AAU. hat daher die Einheitsorganisation, die bar jeden dialektischen Denkens zum Schlechtesten, hinwegsieht, revolutionäre Aktionen führt, nicht die geringste Anziehungskraft. Wo immer in unseren Reihen solche Tendenzen auftauchen sollten (bei eintretender Ermüdung einzelner ist das möglich), wird die Opposition sie durch ideologische Aufklärung im Keim ersticken, weil sie eines revolutionären Marxisten unwürdig sind.

*

Betrachten wir nun kurz die Ansichten der Essener Richtung. Sie stehen auf dem Boden der Partei und Union; doch haben ihre zahlenmäßige Isolierheit, ihre Entfernung vom praktischen Klassenkampf in Verbindung mit starrem undialektischen Denken wesentlich zur inneren Zersetzung beigetragen. Heute zerfallen sie in der Frage der Organisationsform allein in mindestens drei Lager. Es gibt unter ihnen Befürworter von Partei und Union, Verneiner der Partei (also mit Tendenzen zur Einheitsorganisation) und Verneiner der Union. Nach einer Meldung ihrer Essener Ortsgruppe, die uns unaufgefordert zugeht, haben auf ihrem Parteitag, der im Februar stattfand, die Ortsgruppen Berlin und Spandau die Union als Klassenorganisation des Proletariats abgelehnt.

Diese Uneinheitlichkeit in der Organisationsfrage, die zugleich Frage der Revolution selbst ist, macht ihre Ansichten undiskutabel. Hinzu kommt als Ausfluß ihrer undialektischen Denkmethode jene „Theorie", daß der tägliche Kampf uns Brot — Kampf um ein Stück Privateigentum ist, die die Union als Organisation weder unterstützen noch führen darf, der hingegen dem Unionisten als Einzelperson erlaubt ist. Abgesehen davon, daß der Unionist im Betriebe keinen Klassenkampf als Privatperson führen kann, droht in Verbindung mit der Organisation als deren Mitglied führen kann (wozu braucht er sonst eine Organisation?), stehen wir auf dem Standpunkt, daß die täglichen Konflikte zwischen Kapital und Arbeit die Quelle sind, die den Kampf der Arbeiter mit Energien speist und sie zur Revolution treibt. Aufgabe einer revolutionären Klassenorganisation kann nicht nur Propaganda des Zieles, sondern muß darauf gerichtet sein, als handelnder Faktor selbst einzugreifen, die Arbeiter in Kämpfe zu führen, denn nur im revolutionären Kampf selbst wächst der Wille und die Kraft des Proletariats und befähigt es zur Lösung seiner Aufgaben.

Daß eine solche Taktik ohne gewerkschaftliche Methoden, ohne eine Union, die Gewerkschaftsersatz im üblen Sinne sein muß, möglich ist, kann nicht bestritten werden. Notwendig dazu ist allerdings ein fester Kadre in Gestalt der Partei, die von idealistischen Schrullen und undialektischer Denkweise, wie sie die Essener besitzen, frei ist. Eine solche Partei überzeugter Marxisten wollen wir; eine Partei, die es allerdings nicht erreichen hat, von dem Alltag des Klassenkampfes in höhere Regionen der Unwirklichkeit zu flüchten, es

Dieser Gedanke ist aber nur für den großen Lümmel, das Volk, bestimmt. Die sozialistischen Schriftsteller selbst wissen, daß das eine lügnerische Phrase ist. Dies beweist uns der „Vorwärts" vom 17. März, wo man in der Abendausgabe, die jetzt „Der Abend" heißt, folgende richtige Betrachtung über die Märzkämpfe 1848 anstellt:

„Das städtische Arbeitsvolk lebte in Höhlen, statt Wohnungen, ohne Beschäftigung, ohne Unterstützung, ohne Organisation, die ihm eine Stütze hätte sein können. Im Lande war der Hungertyphus als ständiger Gast. Massensterben der Kinder im zartesten Alter. Und daneben eine engstirnige, nur auf eigenen Vorteil und auf Weiterführung ihrer Herrschaft bedachte Junkerklasse. An ihrer Spitze der preußische König, im Vergleich zu dessen Geschwätzigkeit sein Nachfahr Wilhelm II. fast als ein Berg des Schweigens erschienen wäre.

Neben den sozialen Mißständen, die zum Himmel schrien, wirkten die politischen aufpeitschend. Eine verzopfte Zensur unterband jede freie Meinungsäußerung in der Presse. Ein Versammlungsrecht gab es nicht.

Wählen, die als Ventil des Volkszornes hätten wirken können, schon gar nicht.

Die Temperatur wurde überhitzt, um so mehr, als auch die Ereignisse in Frankreich und Belgien den preußischen Hochmut nicht zu brechen imstande waren, ja nicht mal die Revolte in Bayern, die die Buhlerin des Königs und diesen selbst davonjagte, im Schlosse zu Berlin irgendeinen Eindruck zu machen schien."

Wären die Mitglieder der parlamentarischen Parteien, SPD. und KPD., zum kritischen Lesen und Denken erzogen, also etwas mehr als Wahlschafe, dann würden sie nicht immer und immer wieder mit solch einer Schafsgeduld zum Wahlkloset gehen, um dort ihren Zorn abzuladen, und somit durch das Ventil des Volkszornes Leuten ein etwas Existenz verschaffen, die es ihnen erlaubt, in Wort und Schrift das Proletariat zu verhöhnen; denn **der Sozialismus marschiert!** Frei nach Noske.

Aus dem Sumpf der SPD.

Die „Klassenfront", Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union-Opposition, veröffentlichte in ihrer Nr. 1, Jahrgang 2, Vorgänge aus einer Arbeiter-Sportorganisation. In dem Artikel „Verleumder am Werk" wird gesagt, daß sich unter den Einsätzen der Gruppe Charlottenburg der „Freien Schwimmer-Charlottenburg" im Jahre 1922 im Kassenbuch ein Beitrag von 2000 RM für verkaufte Gewehre befindet. Zur gleichen Zeit bekam es ein Mitglied, Tinius, gleichzeitig sozialdemokratischer Bürgerdeputierter, fertig, ohne Betragen des Vereins Von der Einwohnerwehr 500 RM zurückzuzahlen. Damit man die Fähnrichs der Verein, die Mitglieder der Einwohnerwehr im Schwimmen auszubilden. Damals war es einigen KAP.-Genossen im Verein gelungen, dies mit großer Mühe zu verhindern. Das Mitglied Tinius wurde verpflichtet, den Betrag zurückzugeben.

Es war nun klar, daß diese Vorkommnisse ihren Hinterkrund haben. So mir nichts, dir nichts, verschenkt der Bürger, was außerhalb des Programms liegt, dann werden wir euch (der Bourgeoisie. D. R.) schnellstens über die Beweggründe und das Ziel Bericht erstatten, damit dann der Schlichter die Schiedsspruchguillotine in Anwendung bringen kann; denn so und nur so **kann und muß der ADGB.**

Seltenes Eingeständnis: „Wahlen sind das Ventil des Volkszorns", sagt die SPD.

Durch das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht kann das Proletariat seine Stimme „richtig", d. h. für einen Sozialdemokraten, abgeben. Dadurch wiederum kann, da die Sozialdemokraten, abgeben, die Proletarier, die Sozialdemokratie die Mehrheit bekommen, und dadurch kann dann alles das kommen, was die Proletarier wünschen und erhoffen, und viele sogar erkämpfen wollen: der Sozialismus.

Wie das alles vor sich gehen soll, geben wir wieder aus dem „Jugend-Vorwärts" Nr. 3 vom 25. März 1928: „Märzluft weht auch durch unser Volk. Wenn der Mai das Land regiert, dann wird Deutschland Sozialistische Republik sein. Der Kampf steht gut. Die finsteren Mächte der Reaktion sind in die Abwehr gedrängt, die Kräfte des Fortschritts ringen um den Sieg, und Märzluft, frische lebenweckende Märzluft wird einziehen in die Parlamente des Reichs und der deutschen Länder. Märzluft wird die Amtsstuben säubern von den stillen und offenen Feinden des freien demokratischen Volksstaates."

Hier, in diesen wenigen Worten, wird also offiziell die Linie der SPD. vertreten: durch die Wahlen zum Sozialismus.

Dieser Gedanke ist aber nur für den großen Lümmel, das Volk, bestimmt. Die sozialistischen Schriftsteller selbst wissen, daß das eine lügnerische Phrase ist. Dies beweist uns der „Vorwärts" vom 17. März, wo man in der Abendausgabe, die jetzt „Der Abend" heißt, folgende richtige Betrachtung über die Märzkämpfe 1848 anstellt:

„Das städtische Arbeitsvolk lebte in Höhlen, statt Wohnungen, ohne Beschäftigung, ohne Unterstützung, ohne Organisation, die ihm eine Stütze hätte sein können. Im Lande war der Hungertyphus als ständiger Gast. Massensterben der Kinder im zartesten Alter. Und daneben eine engstirnige, nur auf eigenen Vorteil und auf Weiterführung ihrer Herrschaft bedachte Junkerklasse. An ihrer Spitze der preußische König, im Vergleich zu dessen Geschwätzigkeit sein Nachfahr Wilhelm II. fast als ein Berg des Schweigens erschienen wäre.

Neben den sozialen Mißständen, die zum Himmel schrien, wirkten die politischen aufpeitschend. Eine verzopfte Zensur unterband jede freie Meinungsäußerung in der Presse. Ein Versammlungsrecht gab es nicht.

Wählen, die als Ventil des Volkszornes hätten wirken können, schon gar nicht.

Die Temperatur wurde überhitzt, um so mehr, als auch die Ereignisse in Frankreich und Belgien den preußischen Hochmut nicht zu brechen imstande waren, ja nicht mal die Revolte in Bayern, die die Buhlerin des Königs und diesen selbst davonjagte, im Schlosse zu Berlin irgendeinen Eindruck zu machen schien."

Wären die Mitglieder der parlamentarischen Parteien, SPD. und KPD., zum kritischen Lesen und Denken erzogen, also etwas mehr als Wahlschafe, dann würden sie nicht immer und immer wieder mit solch einer Schafsgeduld zum Wahlkloset gehen, um dort ihren Zorn abzuladen, und somit durch das Ventil des Volkszornes Leuten ein etwas Existenz verschaffen, die es ihnen erlaubt, in Wort und Schrift das Proletariat zu verhöhnen; denn **der Sozialismus marschiert!** Frei nach Noske.

Aus dem Sumpf der SPD.

Die „Klassenfront", Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union-Opposition, veröffentlichte in ihrer Nr. 1, Jahrgang 2, Vorgänge aus einer Arbeiter-Sportorganisation. In dem Artikel „Verleumder am Werk" wird gesagt, daß sich unter den Einsätzen der Gruppe Charlottenburg der „Freien Schwimmer-Charlottenburg" im Jahre 1922 im Kassenbuch ein Beitrag von 2000 RM für verkaufte Gewehre befindet. Zur gleichen Zeit bekam es ein Mitglied, Tinius, gleichzeitig sozialdemokratischer Bürgerdeputierter, fertig, ohne Betragen des Vereins Von der Einwohnerwehr 500 RM zurückzuzahlen. Damit man die Fähnrichs der Verein, die Mitglieder der Einwohnerwehr im Schwimmen auszubilden. Damals war es einigen KAP.-Genossen im Verein gelungen, dies mit großer Mühe zu verhindern. Das Mitglied Tinius wurde verpflichtet, den Betrag zurückzugeben.

Es war nun klar, daß diese Vorkommnisse ihren Hinterkrund haben. So mir nichts, dir nichts, verschenkt der Bürger, was außerhalb des Programms liegt, dann werden wir euch (der Bourgeoisie. D. R.) schnellstens über die Beweggründe und das Ziel Bericht erstatten, damit dann der Schlichter die Schiedsspruchguillotine in Anwendung bringen kann; denn so und nur so **kann und muß der ADGB.**

Seltenes Eingeständnis: „Wahlen sind das Ventil des Volkszorns", sagt die SPD.

Durch das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht kann das Proletariat seine Stimme „richtig", d. h. für einen Sozialdemokraten, abgeben. Dadurch wiederum kann, da die Sozialdemokraten, abgeben, die Proletarier, die Sozialdem

Reproduzieren wir die damaligen Vorgänge, so spielte sich die Angelegenheit folgendermaßen ab: Schwarz war ursprünglich bereit, niederzulegen. Durch Beeinflussung „einzelner Genossen" (leitender Funktionäre) entdeckte er plötzlich, daß er das aus Rücksicht auf seine Existenz nicht könne. Nun weigerte er sich und erklärte nach „Besprechung mit einzelnen Genossen", die ihm die „Theorie" dafür geliefert hatten, „er sei als Marxist zu der Ueberzeugung gekommen, daß er nicht niederlegen" dürfe. (!!)

Nach dieser Darstellung der Vorgänge, für deren Echtheit wir uns verbürgen und die übrigens, durch die Thesen selbst bestätigt wird, sind die Thesen in diesem Falle „sachlich richtig". Im übrigen erhalten die Parteimitglieder Anschauungsunterricht, „wie so etwas gemacht wird". Wir hoffen jedoch, daß der Parteitag von diesem politischen Jesuitentum abrücken wird.

Einen geschickten Schachzug hat der GHA. gemacht, indem er einen ganzen Abschnitt der Hamburger Entschließung in seine Thesen übernahm. Ob es ihm dadurch gelingen wird, die vernichtende Kritik der Hamburger Genossen abzuschwächen lassen wir dahingestellt. Der Kritik der Hamburger Entschließung, die in bezug auf die Differenzfrage von Entartungen spricht, die der Parteitag als antikommunistisch bezeichnen soll, die die bisher gefundene Lösung als einen Verrat an den Grundsätzen der KAP. bezeichnet und von einer „Methode organisatorischer Schachzüge seitens der Körperschaften, von Führerpolitik im alten Sinne spricht — haben wir nichts hinzuzusetzen. Auch wir fordern den Rücktritt der in Frage kommenden Körperschaften, sowie der Redaktion, damit gewährleistet wird, daß die Organisation in Zukunft nicht wieder zum Spielball einzelner wird, die über zu starke Machtgelüste verfügen und die Partei in eine schiefe Lage bringen.

Mit dem Punkt der GHA.-Thesen, der davon spricht, daß der Parteitag nicht die Aufgabe hat, das Prestige einiger Genossen zu retten, sind auch wir einverstanden. Es gilt, das politische Gesicht der Partei wiederherzustellen; daneben die Rolle der Partei herauszuarbeiten in so klarer und eindeutiger Art und Weise, daß ein solches Abrutschen in Zukunft vermieden wird. Die Vernachlässigung revolutionärer Kritik an den Schwächen der E. L., vornehmlich aber an ihrem Mitgliede Schwarz, entsprungen aus Rücksichtnahme auf „kleine Vorteile" und ähnliche Dinge, hat bewiesen, daß die Partei nicht völlig ihren Aufgaben gewachsen war.

Wappnen wir sie daher für die Zukunft durch eine ernsthafte gemeinsame Diskussion, und wir leisten ihr und damit der revolutionären Bewegung den größten Dienst.

Diejenigen Genossen, welche glauben, der Fall Schwarz sei mit dem Erlöschen des Mandats im Mai erledigt, irren. Dieser Fall wird, selbst wenn es einen Abgeordneten Schwarz nicht mehr gibt, immer der Fall der Sündenfall der Partei sein, es sei denn, sie findet den Mut, ihn als Fehler zu erklären.

Mit dieser Auffassung, mit dem ehrlichen Willen der Wiederherstellung der unerläßlichen Parteieinheit auf dem Boden des Programms wird die Opposition auf dem Parteitag erscheinen. Sie rechnet auf ihre Zulassung, auf ehrliche Diskussion und setzt die Unterstützung weiter Kreise der Partei gegenüber diesen Selbstverständlichkeiten voraus. In diesem Sinne wollen wir gemeinsam mit der Opposition innerhalb der Partei kämpfen, um die KAP., von der unsere holländischen Genossen im Oktober 1927 sagten, sie sei die Klassenkampfpartei, die, wenn auch klein an Zahl, so doch groß in der Revolution ist.

Auf dem Parteitag lastet die schwere Verantwortung vor der Geschichte. Er wird zu prüfen haben, ob er es verantworten kann, über die Opposition hinwegzugehen, deren politische Grundlage mindestens eben so klar ist, wie die der Partei, die weder ideologische Einschlüsse des Essener Kathederkommunismus, noch der sektiererischen idealistischen Einheitsorganisation besitzt und die den ehrlichen Wunsch hat, an der Kleinarbeitung einer klaren Parteilinie mitzuarbeiten. Die Opposition bietet ihre Hand; will man sie nicht, so wird sie sich auch dann nicht in falsche Bahnen drängen lassen, sondern unbeirrt ihren Weg im revolutionären Sinne von Partei und Klassenorganisation fortsetzen.

Wir sind der Meinung, daß die Einheit im Interesse der revolutionären Arbeiterbewegung Gebot der Stunde ist. Der Parteitag hat darüber die Entscheidung.

„Das Blechschild".

Rosa Luxemburg überschrieb so einen Spartakusbrief während des Krieges. In demselben geißelte sie in meisterhafter Art die Gewerkschaftsbürokratie. Sie kam dann zu folgender Schlußfolgerung:

„Während die herrschende Klasse des Altertums die Sklavenpeiniger und Henker selbst bezahlen mußte, so hat dieses die moderne Bourgeoisie nicht nötig; denn der Proletarier, in erster Linie der deutsche, bezahlt seine Henker selbst durch die Mitgliedsbeiträge in den Gewerkschaften."

Die Nr. 3 der „Klassenfront" 2. Jahrgang nahm Stellung zum Streik bei der Firma Hartung, Moabit. Dort ist die Belegschaft zu 100 Proz. freigelb, d. h. im Deutschen Metallarbeiterverband organisiert. Die Firma wollte die Löhne um 20 bis 30 Proz. reduzieren. Die Proletarier gaben die einzig mögliche und richtige Antwort: Sie traten in den Streik. Der DMV. verweigerte seine Sanktion. Die Proletarier haben wohl das Recht, ihre Bonzen zu finanzieren, aber sonst zu kuschen.

Die „Klassenfront" brandmarkte zugleich die konterrevolutionäre Politik der KPD. mit ihrer Parole: Hinein in die Orgesch-Gewerkschaften! Wie weit die Frechheit und Gemeinheit der satten, im festen Solde stehenden Bonzen geht, für die nie Lohnabbau, sondern laufend Lohnerhöhung in Frage kommt, beweist nun folgende Notiz aus dem „Vorwärts" vom 25. März 1928, 2. Beilage:

„Elsenwerk Hugo Hartung, Berlin NW., Wickelstr. 16/17! Vom Deutschen Metallarbeiterverband wird uns folgendes mitgeteilt: Auf Grund vieler Anfragen aus dem Betriebe teilen wir mit, daß ein sanktionierter Streik bei der Firma Hugo Hartung nicht besteht. Die Maschinenformer haben am 29. 2. 1928 die Arbeit niedergelegt, ohne die Zustimmung der Organisation für die Niederlegung der Arbeit zu erhalten. Versammlungen, welche ohne Kenntnis der Organisation von der Streikleitung einberufen werden, ist keine Folge zu leisten. Listen zur Unterstützung des wilden Streiks sind einzubehalten und der Organisationsleitung zuzustellen."

Die Proletarier der KPD. und Leser der „Roten Fahne" sollten sich doch mal an den Kopf fassen und überlegen, ob nicht Rosa Luxemburg recht hatte mit dem Blechschild.

Neue „Erfolge" der Gewerkschaftseroberung.

Seit 1920 kämpft die KPD., um die Gewerkschaften zu „revolutionieren", versucht sie, die Bonzensessel mit ihren Genossen an Stelle der Sozialdemokraten zu besetzen. Nachdem 3 Jahre lang „erobert" worden war, mußte man fest, daß der Einfluß der KPD. innerhalb der Gewerkschaften fast verschwunden war. Die „Oppositionellen" waren von der Bürokratie hinausgeworfen oder mit Funktionen versehen worden, in denen sie sich äußerst schnell zur SPD. entwickeln mußten. Um einige Beispiele zu nennen, seien Peter Kasper, Berlin, Putz, Remscheid, Siegmund, Chemnitz aus der langen Reihe genannt.

Der antigewerkschaftlichen Stimmung der Proletarier, die in Massen die „freien" Gewerkschaften verließen, Rechnung tragend, rief die KPD. neue „revolutionäre" Verbände ins Leben. Diese Industrieverbände für das Bau-, Bekleidungs-, Verkehrsgewerbe usw. hatten nur den Zweck, den Gewerkschaftsgeist zu konservieren, die Arbeiter für die Manöver der Moskauer Politik zu halten. Bald folgte dann auch wieder der Befehl von Moskau: „Hinein in die Gewerkschaften, 100-prozentige Gewerkschaftsarbeit". Raus aus die Kartoffeln, rin in die Kartoffeln! Mit allen Mitteln wurde die Auflösung der KPD.-Gewerkschaften betrieben, weh- und demütig um die Wiederaufnahme bei den Amsterdamer Gewerkschaften „gekämpft", die „Sünden" wieder gut gemacht. Der Kampf um die Bonzenkrippen begann von neuem mit aller Macht. Die KPD. wurde wieder der beste Zutreiber für die Orgeschgewerkschaften.

Schlecht entlohnt wird aber diese Anreißerrolle der KPD.; denn sowie ein Versuch gemacht wird, einen Entgelt für den ungeheuren Stimmaufwand des täglichen „Hinein in die Gewerkschaften" zu erhaschen, ein paar Posten zu besetzen, antworten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer mit allen Mitteln der Statuten und Paragraphen, mit der offenen Diktatur, der völligen Rechtlosmachung der Mitglieder.

Ein großes Wehklagen um die „Einheit" der Gewerkschaften ist jetzt wieder im Moskauer Blätterwald ausgebrochen; denn die Bonzokratie des „Einheits"-Verbandes der Eisenbahner hat die, in ihrer Mehrheit oppositionelle, Ortsgruppe Königsberg i. Pr. aufgelöst und stellt den oppositionellen Ortsgruppen Insterburg, Allenstein und Stallupönen fasselbe in Aussicht. In einem famosen Revers sollen sich die Mitglieder verpflichten, dem Verbandsvorstand unbeschränkte Vollmachten gegenüber den „Eroberern" zuzugestehen: Jede Arbeit im Sinne der RGI. und KPD., alle Zellen- und Fraktionsarbeit ist Grund zum Ausschluß.

Auch im Metallarbeiterverband herrscht Belagerungszustand. In Remscheid ist wieder mal der DMV. „erobert" worden. Aber in Stuttgart ist es anders beschlossen. Der Verbandsvorstand erklärt die letzten Wahlen für ungültig und die Ortsverwaltung für abgesetzt, und das, wo die „revolutionäre" Ortsverwaltung in einer Woche 176 Schäflein in die Hürde zurückzutreiben verstand, — sich doch wahrhaftig bewährt hatte. Aber die Konkurrenz ist zu gefährlich. Auch in Halle und Hagen wird die Ungültigkeitserklärung der letzten Wahl der „oppositionellen" Ortsverwaltung angedroht.

Diese neuen Beispiele für die Unmöglichkeit, diese „Kampforganisationen", welche die Arbeiter durch Schiedssprüche verschachern, zu „erobern", müssen jeden denkenden KPD.-Arbeiter zu der Ueberzeugung bringen, ob nicht diese Arbeit eine Sisyphusarbeit, eine nutzlose Vergeudung revolutionärer Kräfte, eine Verlängerung des Leidensweges der Arbeiterklasse ist, ob nicht der Weg, den die AAU. weist, der zeigen, der kürzere, wenn auch im Anfang schwerere, aber richtige ist?

Nur wenn das revolutionäre Proletariat die Axt anlegt, das ganze, die Arbeiterklasse in ein Schock Berufsorganisationen zerreißende Gewerkschaftssystem mit seinem undurchdringbaren Drahtverhau von Satzungen, Klauseln und Paragraphen, mit seinen Tarifverträgen, Arbeitsgemeinschaften, Schlichtungsverfahren und Schiedssprüchen zertrümmert, sich zusammenschließt als Klasse in Betriebsorganisationen, als einige Kampffront in der Allgemeinen Arbeiter-Union, wird die Bahn frei zum Ende aller Ausbeutung, zur proletarischen Revolution.

Oeffentlicher Diskussionsabend

in Fürstenwalde

am Sonnabend, den 31. März 1928, abends 19 (7) Uhr, im Gastaurant „Veltgarten", Windmühlenstr. 2.

Thema:

Welche Lehren zieht das Proletariat aus den letzten Lohnkämpfen?

KPD., RFB. und KJVD. sind besonders dazu eingeladen.

Einberufer: **Ortsgruppe Fürstenwalde der KAP. und AAU.-Opposition.**

Sie werden radikal!

Wenn man das Reptil der Arbeiterbewegung, den „Vorwärts" zur Hand nimmt, weiß man nicht, worüber man mehr verwundert sein soll, über die abgrundtiefe, zynische Frechheit desselben, oder über die Gehirnverblödung seiner Leser, die diese „geistige Kost" zu sich nehmen.

So bringt der „Vorwärts" vom 25. 3. 28 unter der Ueberschrift „Zum Kirchenaustritt", folgenden Erguß:

„72 Millionen Mark sollen den verschiedenen Kirchen im kommenden Jahre in Preußen vom Staate, d. h. von den Steuergroschen ausgehändigt werden, trotzdem angeblich Staat und Kirche in Deutschland getrennt sind. Schuld an diesem Zustande haben alle diejenigen, die zwar innerlich mit der Kirche nichts mehr zu tun, äußerlich aber diese Bande noch nicht zerschnitten haben. Der kapitalistische Staat hat nur so lange ein Interesse an der Unterstützung der Kirchen, als noch große Teile des Volkes sich von diesen führen lassen. Wer da will, daß die genannte Summe kulturellen Zwecken zugeführt werden soll, muß aus der Kirche austreten."

Das ist der Gipfelpunkt der Gemeinheit!

Ein noch plumperes Spekulieren auf die Denkfaulheit und Stupidität der Leser ist nicht mehr möglich.

Die SPD. führt die Millionensummen Steuergroschen an, die jährlich den Kirchen in den Rachen geworfen werden, — und hat selbst jüngst im Landtag der jüdischen Kirche enorme Summen bewilligt! Man schiebt die Schuld auf diejenigen, die noch immer Kirchenmitglieder sind — und verschweigt, daß heute noch 44 Abgeordnete der SPD. der Kirche angehören, ganz zu schweigen von der Parteimitgliedschaft.

Der „Vorwärts" spricht vom kapitalistischen Staat! (seit wann dieser Tou; bislang war es nur soziale Republik und Volksstaat) und hat ihn selbst auf Bergen von Proletarierleichen aufgebaut, mit Blut und Eisen geschaffen. Des weiteren davon, daß dieser Staat nur solange ein Interesse an den Kirchen habe, wie diese noch breite Volksmassen führen, — und vergißt, daß in den Reihen der SPD. dieses Pfaffengesindel zu finden ist.

Ebensowenig Gewissensbisse machte der SPD. ihr Reichspräsidentenkandidat Marx, den sie mit allen Kräften zum Vater ihrer „sozialen Republik" machen wollte. O, nein, das Reptil vergißt alle diese ungeheuren Tatsachen nicht; im Gegenteil, doch es rechnet mit der Vergeßlichkeit der Proleten und leider nur zu richtig.

Wenn man sich alle diese Tatsachen vor Augen hält, begreift man auch die Stellungnahme in der Märzummer „Der Freidenker", Zentralorgan des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V., in dem die SPD. dominierend ist, in einem Artikel, betitelt:

„Warum fordern die Arbeiterführer nicht den Kirchenaustritt."

Man zitiert in diesem Artikel den Pazifisten und Kirchengegner Otto Lehmann-Rußbüldt, der in der „Weltbühne" Nr. 8 einen Aufsatz über das Thema „Kirchenaustritt gegen Reichsschulgesetz" geschrieben hat.

Nachdem man diesen Pazifisten über die Aufgaben der Kirche sprechen läßt, zieht man folgendes Fazit:

Es gibt in Deutschland 1,5 Millionen Konfessionslose; bei den letzten Reichstagswahlen haben die Arbeiterparteien insgesamt

10,5 Millionen Stimmen

erhalten, und zwar für die

SPD.	7 881 000 Stimmen,
KPD.	2 709 100 Stimmen,
USPD.	98 800 Stimmen.

Danach ergäben sich

9 Millionen Arbeiterwähler,

welche noch Kirchenmitglieder sind und jährlich eine Kirchensteuersumme von 27 Millionen Reichsmark aufbringen.

Besser kann unsere Auffassung, daß die Wahlen die Massen zur Inaktivität erziehen, indem bei ihnen die Ideologie erzeugt wird, unsere Führer werden schon für uns kämpfen, nicht gekennzeichnet werden. Diese sogenannten neun Millionen Arbeiterwähler halten ihre Verpflichtung dem modernen Klassenkampf gegenüber für so gering, daß sie noch nicht einmal die Energie des Kirchenaustritts, dieses vollkommen gesetzlichen Mittels, aufbringen können.

Ueber die Schuldfrage der Arbeiterparteien zitiert man Otto Lehmann-Rußbüldt wie folgt:

„Muß man nicht nach früheren Vorgängen befürchten, daß die Linksradikalen erklären, diese Taktik entferne von der Linie des reinen Klassenkampfes? Das Gegenteil ist zwar richtig, aber mit diesem Einwand erstickt man erfolgreich jedes eigene Nachdenken des kampfesgewillten Arbeiters. Die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Funktionäre, die ständig unbewußt in der „Taktik" leben, den Gegner nicht allzusehr zu reizen, werden stirnrunzelnd erklären, man müsse alles der Entwicklung überlassen, die „unbedingt" bei den nächsten Wahlen zum Siege führen werde."

Und weiter heißt es:

„Die Kommunisten, die so gern über den mangelnden revolutionären Elan der Sozialdemokraten die Nase rümpfen, sollten sich statt dessen einmal obige Zahlen ansehen. Wenn man selbst die 1½ Millionen Konfessionslosen voll auf das Konto der 2 709 000 Kommunistenstimmen setzen würde, was durchaus nicht stimmt, so bleiben immer noch 1 200 000 Wähler übrig, die zwar den Klassenkampf mit Maschinengewehren gegen die Bourgeoisie proklamieren, aber aus Scheu vor ihrer Frau oder einer alten Tante einen kostenlosen Gang auf das Amtsgericht unterlassen."

Der Extrakt dieser ganzen Zitate wird in einem Satz zusammengezogen, und zwar heißt es da:

„Für die Zukunft hat Lehmann-Rußbüldt wenig Hoffnung darauf, daß etwa die Arbeiterführer die Parole des Massenaustritts aus der Kirche ausgeben werden, und er beurteilt die Dinge offenbar nicht ganz unrecht . . ."

Hier gibt man also offen die utopistische Parlamentsparole vom „Ueberprüfen der Klassenfront" zu und gesteht, daß man von den Spießern, die alle paar Jahre auf dem Sonntagsspaziergang bei der Wahlurne mit vorbeigehen, nicht mehr verlangen kann.

Für uns als KAP- und AAU.-Genossen ist der Kirchenaustritt ein selbstverständliches Glied in der Kette des Klassenkampfes, weil wir wissen, daß der Glaube an den Sturz des Kapitalismus bedingt, daß jeder revolutionäre Arbeiter alles Institutionen der Bourgeoisie den Kampf ansagt, was vorausgesetzt, daß er mit der damit verbundenen Ideologie gebrochen hat.

Jener SPD. jedoch gilt es, auch in dieser Beziehung die Maske vom Gesicht zu reißen, aber auch der KPD. mit revolutionärer Kritik gegenüberzutreten, meldeten doch erst jüngst hiesige Halleluja-Blätter das Erstarken der Kirchenidee in Sowjetrußland, unterstützt durch das Drucken von Bibeln in der Moskauer Staatsdruckerei.

GEG. als Scharfmacher.

Die Proletarier in den Konsumvereinen glauben, daß sie mit Hilfe des Genossenschaftswesens ein Stück praktischer Arbeit für den Sozialismus leisten. Als Dachorganisation dieser Konsumvereine existiert die Groß-Einkaufs-Genossenschaft, (GEG.) Hiesche ist mit dem R. d. Z., d. h. **Reichsverband deutscher Zigarettenfabrikanten in einer Organisation.**

Im vergangenen Jahr war bekanntlich die Tabakarbeiteraussperrung. Die GEG. betätigte sich dabei wie die schlimmsten Scharfmacher. Zu ihrem Verhalten nahm am 4. März 1928 eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Tabakarbeiter von Brake (Lippe) Stellung. Wir entnehmen diesem Bericht der Nr. 11 des „Tabak-Arbeiter":

„Ueber die Haltung der GEG. während der letzten Aussperrung setzte eine lebhafte Debatte ein, die in folgender Resolution ihren Ausdruck fand:

„Die heute stattfindende Mitgliederversammlung legt scharfsten Protest ein gegen das Verhalten der GEG. während der letzten Aussperrung. Sie ist der Ansicht, daß eine Verbraucher-Organisation in einer reinen Kampforganisation, wie es der R. d. Z. ist, nichts zu suchen hat. Sie fordert alle freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Konsumvereinsmitglieder auf, gegen einen solchen Skandal Sturm zu laufen, und hier einmal mit eisernen Besen auszukehren, **um die GEG. zu zwingen, aus der Unternehmerorganisation auszutreten.** Sie fordert alle Konsumgenossenschaftsvertreter auf, zu dieser Sache Stellung zu nehmen. Die Versammlung fordert ferner alle Zahlstellen des DTV. auf, dagegen zu protestieren, damit sich solche Fälle nicht wiederholen."

Das klingt beinahe radikal! Doch die Proletarier vergessen immer wieder, daß das Kapital unpersönlich ist, d. h. es ist gleich, ob an der Spitze Jude, Heide oder Christ ist. Ebenso gleich ist es, wie ein Unternehmen, das Profit erzielen muß im Kapitalismus, sich nennt. Ob Konzern, Warenhaus, Spezialfabrik für dies oder jenes, oder letzten Endes Konsumgenossenschaft. Wenn die GEG. mit dem R. d. Z. ging und gegen die ausgesperrten Tabakarbeiter scharfmacherische Maßnahmen duldete und selbst durchführte, so ist das eben konsequent kapitalistisch und entspricht ihrem inneren Wesen.

Organisations-Kalender.

Kommunistische Arbeiter-Partei-Opposition.

Groß-Berlin.

1./5. **Unterbezirk:** Jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat Sitzung im **Lokal Gussat, Grandauerstr. 3.**

2. **Unterbezirk:** Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im **Lokal Oehischläger, Berlichingenstr. 8.**

3. **Unterbezirk:** Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im **Lokal Fränzel, Reinickendorferstr. 42.**

4./18. **Unterbezirk:** Jeden 1. und 3. Freitag im Monat Sitzung im **Lokal Westphal, Schloßstr. 36.**

7. **Unterbezirk:** Jeden 1. u. 3. Sonnabend im Monat Sitzung im **Lokal Westphal, Schloßstr. 36.**

Für den Pressefonds des „KA":

Gen. Haese, 3. U.-B. 0,90 Mk.

Herausgeber und für den gesamten Inhalt verantwortlich: Hermann Beyer, Berlin N. 39.
Druck: C. Janiszewski, Berlin SO. 36.

2. Jahrg. Nr. 5. Gratis!

Kommunistischer Arbeiter

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition.

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, oder per Post durch Karl Baethke, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 98.

April 1928
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117 149. Karl Baethke, Bln.-Charlottenburg, Kantstr. 98.

Erscheint vorläufig monatlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen. Eingesandte Artikel werden nicht honoriert.

Der Parteitag der KAPD. und seine Beschlüsse zur Differenzfrage.

Auszug aus den Thesen des GHA.:

Die Stellung der Partei.

Zu den Werkzeugen, die in der jetzigen Phase des Kampfes für das Proletariat keine Bedeutung mehr haben und in ihrer Anwendung und Auswirkung konterrevolutionär sind, gehört auch die bürgerliche Demokratie. Der Parlamentarismus ist dem Ursprung nach ein Herrschaftsinstrument, das sich die bürgerliche Klasse in der Auseinandersetzung mit Junkern und Krone durch die Hilfe und auf Kosten des Proletariats erstritten. Aber gleichzeitig wurde der Kampf um das Parlament und seine Ausnutzung eine Waffe für die Arbeiter im Kampf mit den bürgerlichen Klassen in der Periode der organisatorischen und ideologischen Vorbereitung für die entscheidende Generalauseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Während dieser Zeit war der Parlamentarismus nicht nur historisch bedingt, sondern seine praktische Anwendung auch politisch richtig, es war ein Mittel zur Machtvergrößerung des Proletariats.

Die praktische Anwendung des Parlamentarismus und seine Erfolge konnten den bürgerlichen Ursprung und Inhalt und damit den reaktionären Tauschwert für die Arbeiterklasse wohl [illegible] die Wahlerfolge [illegible] der Sozialdemokratie [illegible] den bürgerlichen Ideologie. Die Passivität der Partei wurde nun [illegible] und mehr zu einer Wahlmaschine, die an Stelle wirklich revolutionärer Massenaktionen und Klassenbewußtsein trat ein periodisches Wahlfieber und Illusionen über die bürgerliche Demokratie. Der Klassenkampf wurde ersetzt durch die Fraktionskämpfe; die Todfeindschaft zur bürgerlichen Ordnung entwickelte sich zur Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Klassen. Der Kampf mit dem Mittel, das zur Machtvergrößerung diente, wurde als Kampf um die Macht selbst hingestellt. Hand in Hand ging damit eine innere größere Entfernung von Massen und Führer und eine Verlumpung der letzteren, indem sie es sich an den Fleischtöpfen des Profits gefallen ließen. Aus diesen Gründen ist die KAP. antiparlamentarisch.

Auch der antiparlamentarische Parlamentarismus der III. Internationale ist konterrevolutionär, weil er die demokratischen Illusionen des Parlamentarismus durch den Parlamentarismus überwinden will. Er sieht der Entwicklung zum Klassenbewußtsein im Wege und verhindert revolutionäre Massenaktion, weil er den Massenbetrug zum Hebel der Massenaktion macht. Der antiparlamentarische Parlamentarismus der III. Internationale muß landen und hat schon bei der Koalitionspolitik. In dieser dieser Parlamentarismus ist um so gefährlicher, um so rücksichtsloser muß er bekämpft werden.

Die Lage in der Partei.

Aus der antiparlamentarischen Einstellung der KAP. ergeben sich klare Losungen und Aufgaben. Ebenso die Stellung zu den Liquidierungsnachwehen der EL. und den Beschlüssen der letzten CAS. zur Mandatsfrage. Die Mandatsfrage im Falle Schwarz war und ist keine Angelegenheit der Partei. Das Verhältnis der Organisation zu Schwarz war und ist keine Angelegenheit der Partei. Das Verhältnis der Organisation zu Schwarz als Sympathisierendem ist das Verhältnis wie zu jedem anderen außenstehenden Sympathisierenden und wird einzig und allein von dessen Haltung und dessen Tätigkeit bestimmt. Von demselben Gesichtspunkt aus ist eine finanzielle und schriftstellerische Hilfeleistung zu betrachten, und ist unter diesen Umständen die Annahme der Diäten kein Abirren vom prinzipiellen Standpunkt des Antiparlamentarismus auf „dem Weg zum Sozialdemokratismus". Ebensowenig berührt dies den prinzipiellen Standpunkt der Partei, ob die Nichtniederlegung des Mandats von Schwarz selbst mit Existenzgründen erklärt wurde oder auch mit veranlaßt wurde durch persönliche Besprechungen mit einzelnen Genossen über die Zweckmäßigkeit der Niederlegung oder eine Verzögerung der Auseinandersetzung. Die Partei stellte nicht die Frage der Niederlegung vor Schwarz, sondern Schwarz die Frage der Nichtniederlegung vor die Partei. Die Nichtniederlegung aus Gründen der Existenz hat mit einer Rechtfertigung von linkem Parlamentarismus nichts zu tun.

Die CAS. hat die Frage diskutiert und mit Mehrheit die politische und organisatorische Haltung des GHA. gebilligt. Es kann nicht die Methode des Parteitages sein, die Terminologie und das Prestige von einzelnen Genossen zum Richtmaß seiner Beschlüsse zu machen, sondern als Richtschnur dient ihm die Gesamtlinie von Partei und Körperschaften. Von diesem Standpunkt aus bestätigt der Parteitag erneut, daß die Partei von der Linie des Antiparlamentarismus nicht abgewichen ist.

Organisatorische Demokratie.

Die Vorwürfe gegen die Körperschaften können daher nicht aus einem Wechsel in der Stellung zum Parlamentarismus herrühren. Ebenso entspricht die Art der Vorbereitung und Behandlung des Falles Schwarz durch den GHA. und BAA. den proletarischen Prinzipien der Organisationsdemokratie. Eine eigene Stellungnahme der Körperschaften ist ihre Pflicht und Aufgabe und bedeutet keine antiparlamentarische Handlung. Als für die Gesamtpartei bindende Beschlüsse können Abstimmungen einzelner Bezirke nicht gelten. Darum unterstreicht der Parteitag noch einmal den Beschluß der CAS.

Schließt die Reihen!

„Erst Klarheit, dann Mehrheit!"

Ein gefliegeltes Wort von Karl Liebknecht. Viele Proletarier sprechen es aus, ohne sich der ganzen Tragweite dieses Wortes bewußt zu sein. Gerade jetzt, zum 1. Mai, ist das A und O jedes freigewerkschaftlichen Arbeiters: „Was wollt Ihr denn? Wir sind die Masse und ihr stellt euch bloß immer abseits."

Daß diese riesige große Masse durch ihr eigenes Organisationsprinzip, durch ihre parlamentarischen Parteien und freigelben Berufsorganisationen einen völlig gefesselten Riesen darstellt, glauben heute noch sehr viele Proletarier nicht.

Schiedssprachguillotine und Schlichtungszwang, gestelgerte Ausbeutung, geringere Bezahlung im Realwert trotz erwiesener Mehrleistung und in deren Gefolge stetig steigende Verelendung, haben noch nicht genügt, das deutsche Proletariat zum eigenen Denken und Handeln zu bringen.

Die Wahlen stehen vor der Tür. Seiner Tradition gemäß wird der deutsche Proletarier seinen Stimmzettel in die Urne werfen, in der Meinung, dadurch seine elende Lage zu verbessern. Die [illegible] Parteien aller Schattierungen [illegible] es an dem notwendigen Mut nicht fehlen lassen, aus der Parole „Wählen heißt Rechnung" [illegible] die Stimmen der Proletarier buhlen, ihnen das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Und nach der Wahl wird es im gesamten Büttelwalde stiller und stiller werden, und doch die Parlamentsmandate gesichert. Der Kuhhandel in den Parlamenten beginnt. Das Objekt dieses Handels aber sind die Proletarier.

Wie war es bisher?

Seit der deutschen, typisch deutschen Revolution, hat das deutsche Proletariat schon des öftegen gewählt. Es hat gewählt unter der Bewachung von Noskiden, die mit Handgranaten bewaffnet waren, weil der Weg des Spartakusbundes ihnen zu beschwerlich erschien.

Die Noskedemokratie, d. h. der Stimmzettel, war gefahrloser und bequemer als der notwendige Einsatz der ganzen Person jedes Einzelnen für das Ziel der Klasse.

Zum Sozialismus, zur Gemein- und Bedarfswirtschaft, sollte sowohl der Weg von Spartakus als auch der der Kaisersozialisten führen; — also machten es die deutschen Proletarier mit dem Stimmzettel.

Die langjährige Periode kapitalistischer Aufwärtsentwicklung vor dem Kriege hatte die Sozialdemokratie zu einer Organisation werden lassen, in der das revolutionäre Wort eben nur noch als Wort, als Phrase, als Aushängeschild gebraucht und benutzt wurde.

Der Krieg brachte die Entscheidung. Doch auch die USP., diese Partei der Dezembermänner, wie sie Liebknecht nannte, war nur ein verspäteter Sprößl, der bald zurückkehrte in den Schoß der Väter. Selbst der Spartakusbund, der sich auf seinem Gründungsparteitag gegen die opportunistische, parlamentarische Betätigung aussprach und darin auch die Wurzel der Versumpfung einer Organisation mitsah, blieb nicht von der parlamentarischen Seuche verschont.

Aus ihm schälte sich der proletarische, zielklare Kern heraus, der durch sein revolutionäres Prinzip

von unten auf

die Wiedergeburt der revolutionären Arbeiterbewegung darstellte. Gegen eine Welt von Feinden, verlacht, bekämpft, verachtet von der sogenannten großen Masse, kämpfte die

Kommunistische Arbeiter-Partei um ihr Prinzip, um das Prinzip der Klasse, von unten auf.

In tödlicher Isolierung hielt sie jahrelang aus.

Viele, bald allzuviele guter Kämpfer gingen dahin, wurden gemordet, in die demokratischen Zuchthaus-Höhlen gesperrt, oder traten abseits auf Grund wirtschaftlichen Ruins oder durch Zerrüttung der Gesundheit.

Durch die Krise der III. Internationale wurden Teile revolutionär führender Proletarier auf die Grundfragen der proletarischen Revolution erneut gestoßen. Die dauernden Verleumdungen gegen die KAP. verfehlten letzten Endes ihren Zweck.

Mit diesen Proletariern setzten sich auch Berufsführer in Bewegung. Eine solche Gruppe von revolutionären Proletariern nebst parlamentarischen Führern stellte auch die „Entschiedene Linke" dar. Die Partei machte einen großen Sprung aus ihrer Isolation, um die Proletarier dieser Gruppe, weniger die Führer, zu gewinnen. Geheimnt durch mannigfache Umstände, geschwächt durch die zwangsläufige Isolierung, mißlang der Partei diese politische Aktion. Bei der Angliederung der „Entschiedenen Linken" entgleiste ein Teil der KAP. und wählte statt der Proletarier den parlamentarischen Führer.

In Berlin trat die Hälfte der Organisation in Opposition und schloß sich der Zetkin-Gruppe und der „Klassenfront" heraus.

In seiner Einmütigkeit hat die rein proletarische Opposition ihren Kampf geführt. Sie war und wollte nur sein die

Opposition der KAPD.

Ein Dreivierteljahr währte dieser Kampf. Entschieden wurde er auf dem letzten Parteitag der KAP. in Berlin, der zu Ostern tagte und der erneut bestätigte,

das Programm der KAPD. ist das Programm der proletarischen Revolution.

Die Entgleisung im Falle des Parlamentariers Schwarz ist berichtigt, eine Wiederholung solcher Experimente kommt nicht in Frage.

Die Opposition, politisch im Recht, hat in gründlicher Diskussion beschlossen, in die Partei zurückzukehren. Sie tut es aus der Erkenntnis heraus, daß angesichts des Wachsens der reformistischen Versumpfung einerseits und der dauernden Kapitalsoffensive andererseits eine weitere Aufrechterhaltung der selbständigen Organisation für die Selbstbewußtseinsentwicklung der proletarischen Klasse schädlich wäre.

Zum ersten Male vereinigen sich in der Arbeiterbewegung zwei Teile einer Organisation aus eigenem inneren Antrieb, ohne Führertechtelmechtel, ohne Tamtam, ohne Blendfeuerwerk.

Sie vereinigen sich, weil sie zusammengehören, weil sie ein Programm haben.

An alle Genossen aber, die während des Kampfes beiseite traten, ergeht scharf und eindringlich der Ruf:

Stärkt die Kommunistische Arbeiter-Partei, die Partei der Revolution in ihrem Kampf gegen die parlamentarischen Führerorganisationen. Heilt sie ungeachtet aller Schwierigkeiten erhalten als das scharfe Schwert der Revolution.

Schließt erneut die Reihen!

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands — Opposition

Allgemeine Arbeiter-Union Deutschlands — Opposition

Der Weg zur Macht.

Die Auseinandersetzung um den Fall Schwarz begann in einer Situation, wo die Partei, eben erst im Begriff war, ihre aus jahrelanger Isolierung entstandene ideologische und organisatorische Erstarrung abzuwerfen, um aus dem Alltag des Klassenkampfes heraus die Losungen der Revolution zu schmieden. Die Geschichte der Partei läßt den stillen Widerstand einzelner ihrer Teile gegen das neue Gesicht der Taktik verständlich erscheinen, weil die Partei bis dahin nicht einmal praktisch mit dem Essener Kathederkommunismus fertig geworden war.

Wenn der Parteitag feststellt, daß dies idealistische Gespenst bis zur jüngsten Zeit in unseren Reihen spukt, und daß die Reinigung von solch antiproletarischen Theorien je länger je mehr die Lebenskrage der Partei ist, so bedauert er zugleich, daß der Fall Schwarz die in der Partei wirklich vorhandenen Meinungsverschiedenheiten auf eine falsche Formel preßte, die eine restlose Klärung über die Grundlagen der Politik der Partei weiterhin erschwert. Der Parteitag spricht aus, daß der Organisation von zwei Seiten her Gefahren drohen, die in den Abgrund führen. Von der akademischen Verachtung des Klassenkampfes, die sich in der Gloriole revolutionärer Traditionen sonnt, führt ein gerader Weg zur politischen Geschäftsmacherei, wenn aus Tätigkeitsdrang um jeden Preis das Ziel über die Bewegung verloren geht. In einer solchen Situation wird dann zwangsläufig jene Reaktion heraufbeschworen, die Furcht vor Opportunismus als revolution